



# **RISSE IM BETON**

Linke Wahlerfolge in den Vereinigten Staaten

Von Ethan Young



# **Inhaltsverzeichnis**

Ein Gezeitenwechsel? Von den Herausgebern	1
Risse im Beton	
Linke Wahlerfolge in den Vereinigten Staaten	2
Von Ethan Young	
Die Linke und die Wahlarena	4
Die Demokratische Partei und die sozialen Bewegungen: Für sie und gegen sie	7
Linker und rechter Populismus	9
Linke Siege und Zukunftsaussichten	,11
New York, New York	,12
Chicago, Illinois	.16
Newark, New Jersey	.20
Jackson, Mississippi	.22
Richmond, California	.24
Seattle, Washington	.26
Die Working Families Party	.29
Obama und Everything After	.30
Wenn das Soziale politisch wird	32

Veröffentlicht von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Büro New York, November 2015

**Herausgeber:** Stefanie Ehmsen und Albert Scharenberg **Adresse:** 275 Madison Avenue, Suite 2114, New York, NY 10016 **E-Mail:** info@rosalux-nyc.org; **Telefon:** +1 (917) 409-1040

Gefördert mit Mitteln des Auswärtigen Amts

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung ist eine international tätige, progressive Non-Profit-Organisation für politische Bildung. In Zusammenarbeit mit vielen Organisationen rund um den Globus arbeitet sie für demokratische und soziale Partizipation, die Ermächtigung von benachteiligten Gruppen, Alternativen zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung und für friedliche Konfliktlösungen.

Das New Yorker Büro erfüllt zwei Hauptaufgaben: sich mit Themen der Vereinten Nationen zu befassen und mit nordamerikanischen Linken in Hochschulen, Gewerkschaften, sozialen Bewegungen und der Politik zusammenzuarbeiten.

www.rosalux-nyc.org



# **Ein Gezeitenwechsel?**

Es ist eine seltsame Zeit für die US-amerikanische Linke. Auf den ersten Blick scheinen ihre Gegner äußerst schwach zu sein – zumindest, wenn man sich das Wetteifern um die republikanische Präsidentschaftskandidatur ansieht, bei dem sich eine Reihe von Clowns an Lächerlichkeit – und an Angstmacherei – zu übertreffen sucht. Durch die selbstreferenzielle Dynamik dieses Diskurses entfernen sich die Republikaner dabei immer weiter von der Mehrheitsmeinung und drohen nur noch die Interessen eines schrumpfenden, wohlhabenden weißen Bevölkerungsanteils zu vertreten.

Dennoch hat ebenjene Partei nicht nur 31 von 50 Gouverneursämtern inne, sondern auch die Mehrheit in beiden Häusern des US-Kongresses. Dank ihrer aggressiven und institutionell erfolgreichen Bemühungen, den Zuschnitt der Wahlbezirke zu ihren Gunsten zu verändern und Wählerrechte einzuschränken, werden die Republikaner das Repräsentantenhaus auf absehbare Zeit dominieren. Und dank der *Citizens-United-*Entscheidung des Verfassungsgerichts und der zunehmenden Dominanz privater Multi-Millionenspenden für Wahlkämpfe – das bekannteste Beispiel hierfür bieten die Koch-Brüder – besteht die reale Chance, dass im Herbst 2016 ein Republikaner ins Weiße Haus gewählt wird.

Auf Seiten der US-Linken sind die Widersprüche nicht weniger ausgeprägt. Die Demokratische Partei hat in fünf der letzten sechs Präsidentschaftswahlen die Stimmenmehrheit gewonnen und ist doch unfähig oder nicht bereit, eine Alternative zur aktuellen neoliberalen Austeritätspolitik zu schaffen. Zweifellos sind die Demokraten in einigen Politikfeldern, etwa in der Sozialpolitik, besser als ihre Gegner. In anderen Bereichen hingegen, beispielsweise mit Blick auf die Außenpolitik oder die finanzielle Abhängigkeit von Großunternehmen, sind sie lediglich das geringere Übel. Insgesamt ist die Partei in der allgemeinen Krise der Politik in Washington gefangen.

Außerhalb des demokratischen Apparats gibt es indes einigen Grund für Optimismus. Occupy Wall Street und Black Lives Matter sind zwei der wichtigsten und potenziell einflussreichsten sozialen Bewegungen unserer Generation. Gleichzeitig hat die Präsidentschaftskampagne des selbst ernannten demokratischen Sozialisten Bernie Sanders die soziale Ungleichheit ins Blickfeld der Öffentlichkeit gerückt und auf diese Weise bei vielen Menschen großen Enthusiasmus erzeugt.

Weniger im Fokus der Öffentlichkeit, aber keineswegs weniger bedeutsam, steht die Serie linker Wahlerfolge, die das Establishment der Demokratischen Partei ins Wanken bringen könnten. Die vorliegende Studie von Ethan Young, einem Aktivisten und Autor aus Brooklyn, analysiert die aktuellen Chancen und Herausforderungen für linke Politik auf der lokalen Ebene: die Wahl einer sozialistischen Stadträtin in Seattle und linker schwarz-nationalistischer Bürgermeister in Jackson (Mississippi) und Newark (New Jersey); fortschrittliche Bürgermeisterkampagnen in Chicago und New York; sowie verschiedene Wahlkoalitionen und politische Initiativen von der West- bis zur Ostküste. Sie alle konfrontieren die Politik des "business as usual" mit neuen Herausforderungen. Welche Erfolgschancen haben sie? Beim Lesen der Studie finden Sie es heraus.

Stefanie Ehmsen und Albert Scharenberg Leiter des Büros New York, November 2015



# Risse im Beton

# Linker Wahlpolitik in den Vereinigten Staaten

# Von Ethan Young

Angesichts der verbreiteten Enttäuschung über das Zweiparteiensystem steht die US-amerikanische Linke vor einer existenziellen Frage: Sollen wir überhaupt an Wahlen teilnehmen, oder schaden wir damit nur uns selbst? Anders gefragt: Gibt eine Politik, die das elektorale Terrain preisgibt, nicht zugleich jede Möglichkeit preis, auf demokratische Weise für radikalen Wandel zu streiten?

Ich vertrete die Auffassung, dass die Organisation von Wahlkämpfen notwendiger Bestandteil politischen Handelns ist, wenn die Linke hofft, Einfluss unter arbeitenden Menschen zu gewinnen, sie zu ermutigen und zu befähigen, gesellschaftliche Macht zu erlangen und auszuüben. Die vorliegende Untersuchung konzentriert sich auf Wahlpolitik als ein Kernstück politischer Strategie, ohne sie jedoch gegen andere Formen des Organisierens, der Straßenaktion oder des Protests ausspielen zu wollen. Zunächst analysiere ich das Verhältnis der Linken zu Wahlen und Wahlpolitik. Daran schließt sich dann eine Reihe kurzer Fallstudien über bemerkenswerte Wahlkämpfe der letzten Jahre an.

Um auch nur behaupten zu können, dass sich bei Wahlen links etwas tut, muss ich ein wenig weiter ausholen. Als die Republikaner 2014 beide Häuser des US-Kongresses eroberten, zog dort ein ganzer Schwarm von geschworenen Feinden progressiver Bewegungen ein. Mit dem landesweiten Aufstieg der Tea Party in Kleinstädten und ländlichen Gegenden seit 2009 hatte ein antietatistischer, sozial konservativer Rechtspopulismus seine Erfolgsformel

gefunden. Die finanziell gut ausgestattete rechte Mobilisierung, zunächst jenseits der urbanen Zonen, brachte in Verbindung mit einem Rückgang der Wahlbeteiligung einige der reaktionärsten Gouverneure und Landesparlamente der US-Geschichte hervor.

Seither haben die Republikaner Walker in Wisconsin, Rauner in Illinois und Snyder in Michigan in historischen Industriezentren mit scharf antigewerkschaftlichen Programmen um die Gouverneursposten gekämpft – und gewonnen. Sie propagieren die Agenda der Tea Party und setzen sie durch: zur Hölle mit den Armen, zur Hölle mit der Demokratie, zur Hölle mit dem Planeten. Es scheint, als schlage das Pendel jetzt im Norden genauso weit nach rechts aus wie im Süden.

Andererseits dürfte, wer Lokalwahlen näher beobachtet, seit Mitte des Jahrzehnts eine Zunahme der Anzahl und des Offensivgeists eindeutig linker Wahlkampagnen bemerkt haben, ja in einigen Fällen sogar beachtliche Wahlerfolge. Die Siege von Bill de Blasio, Ras Baraka und Chokwe Lumumba, die zu Bürgermeistern von New York, Newark (New Jersey) und Jackson (Mississippi) gewählt wurden, ließen die Möglichkeit einer landesweiten politischen Kräfteverschiebung ahnen.

Inzwischen scheint der erstaunliche Zulauf zu den Kundgebungen des erklärten Sozialisten und rebellischen Präsidentschaftskandidaten Bernie Sanders im Sommer 2015 zu bestätigen, dass sich eine solche Kräfteverschiebung anbahnt.



Diese Hinwendung zu progressiven Wahlangeboten begann mit einer spezifischen Populismusversion - mit Widerstand gegen die Regierungsführung durch Leute, die als elitäre Außenseiter galten. So gewann Bill de Blasio die Vorwahl der Demokraten in New York City 2014 hauptsächlich, weil die unterlegene Anwärterin die Unterstützung seines mächtigen Vorgängers Michael Bloomberg genoss. Der scheidende Bürgermeister war der reichste Mann und seine Favoritin die zweitbekannteste Lokalpolitikerin New Yorks, eine energische Führungsfigur im Rat der Stadt. Der weniger bekannte de Blasio kümmerte sich nicht um die herkömmliche politische Hackordnung: Vielmehr trat er nicht nur ausdrücklich für den öffentlichen Sektor ein - er riskierte es sogar, polizeiliches Fehlverhalten zu kritisieren. Sein Erfolg war für politische Beobachter wie für das Establishment gleichermaßen ein Schock.

Wesentlichen Anteil am Wahlerfolg de Blasios hatte die örtliche Organisation der Beschäftigten im Gesundheitswesen, Local 1199 SEIU der mächtigen Healthcare Workers Union. Überhaupt lässt sich sagen, dass gewerkschaftliche Schlagkraft Bewegung in das politische Leben gebracht hat. So hat der Widerstand gegen die Trans-Pacific Partnership (TPP) im Juni 2015 bewirkt, dass die Demokraten im Kongress sich öffentlich gegen Obamas Weißes Haus stellten. Seit den Zeiten des Kalten Krieges haben die US-Gewerkschaften durchweg "gemäßigte" Kandidaten der Demokraten gefördert, und diese Praxis hält an. Aber dass wichtige Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes und der Lehrer letzthin linksgerichtete Außenseiterkandidaten unterstützt haben, markiert einen Wendepunkt.

Dass linke oder Mitte-Links-orientierte Kandidaten Wahlen in Arbeiterstädten und -vierteln gewinnen, steht in krassem Widerspruch zu der verbreiteten Ansicht, die Linke sei entweder einflusslos oder unwiderruflich an den

Mitte-Rechts-Kurs des vom Clinton-Lager dominierten Democratic National Committee gebunden. Zwar ist der Druck in Richtung Austerität und Krieg weiterhin groß, doch linksgerichtete Wählerinnen und Wähler beginnen – zumindest in sozialen Brennpunkten und Universitätsstädten – sich zu organisieren und den Wahlkampfmitteln der Konzerne ihre Waffen entgegenzusetzen: Straßenaktionen und die Wucht der Zahlen.

Am deutlichsten zeigt sich diese Entwicklung in lokalen Wahlkämpfen auf unterer Ebene, und an ihr sind sowohl Demokraten als auch Unabhängige beteiligt. Befördert wird sie vor allem von einem ökonomischen Populismus, der weniger staatliche Eingriffe und Steuern ins Visier nimmt als vielmehr das Unternehmerlager und Wall Street. Die heftigste Kritik richtet sich gegen "social conservatism", gegen borniertes Festhalten an überkommenen Verhältnissen, was jedoch nicht notwendigerweise zur Solidarisierung mit sozialen Bewegungen führt. Zunächst geht es darum, die breitestmögliche Front gegen die Konzernseite zu bilden - eine, die den größten Teil der Basis, nicht aber die unternehmerfreundliche Führungsriege der Demokratischen Partei einschließt.

Auch die sozialen Bewegungen gewinnen zunehmend an Durchsetzungskraft - manchmal im Bündnis mit Vertretern der Demokratischen Partei, manchmal ganz auf sich gestellt. Manchmal gelingt es ihnen, dem System ein Schnippchen zu schlagen, manchmal auch nicht. Manche Wahlbündnisse verstehen sich, wie etwa die Vermont Progressive Party, Progressive Dane in Wisconsin und die Grünen, hauptsächlich als unabhängig. Andere wie New Haven Rising, Eastern Washington Voters, Florida New Majority, Virginia New Majority und viele andere arbeiten offen mit den örtlichen Demokraten zusammen. Irgendwo dazwischen positioniert sich die Working Families Party, auf die ich in dieser Studie noch näher eingehen werde. Und schließlich gibt es



auch Gruppen wie die Progressive Democrats of America, die sich ganz im Rahmen der Demokratischen Partei bewegen.

Viele Projekte konzentrieren sich auf politische Grundsatzfragen: Bei den Minnesotans for a Fair Economy beispielsweise handelt es sich um ein breites Bündnis, das erfolgreich Referenden und Volksentscheide nutzt, um gegen den Neoliberalismus sowohl in seinen wirtschaftlichen Erscheinungsformen wie in seiner antidemokratischen Politikpraxis, etwa der Einschränkung oder Behinderung von Wählerrechten, anzugehen. Selbst in scheinbar abgelegenen Orten wie etwa Las Cruces (New Mexico) gibt es Formationen wie die Progressive Voters Alliance, die kritische Stimmen in den Wahlprozess einbringen.

All diese Projekte und Initiativen richten sich gegen den Sparkurs und die Politik korrupter Parteiapparate in bestimmten Regionen. Doch wenn solche lokalen Bestrebungen um sich greifen, können sie nicht dauerhaft isoliert bleiben, und in dem Maße, in dem sie erstarken, werden sie die politische Landschaft USA-weit verändern, und zwar innerhalb wie außerhalb der Demokratischen Partei. Die Parteiführung der Demokraten könnte das mit einem viel größeren Dilemma konfrontieren, als es eine kleine Partei außerhalb jemals vermöchte. Das Problem für den demokratischen Apparat bestünde weniger in möglichen Stimmenverlusten als darin, dass es im politischen Konsens der Bevölkerung zu einer Linksverschiebung kommen könnte, auf deren Bewältigung die Parteifunktionäre in keiner Weise vorbereitet sind.

## Die Linke und die Wahlarena

In den Vereinigten Staaten hat es niemals eine sozialistische oder Arbeiterpartei gegeben, die die Demokraten als politische Heimat der Gewerkschaftsbewegung und der Arbeitnehmerwählerschaft hätte herausfordern oder gar ersetzen können. Infolgedessen gibt es kein konsistentes politisches Zentrum, von dem aus landesweit linke soziale Bewegungen angestoßen und koordiniert werden könnten. Es sind einige Bündnisse und Führungskreise sozialer Bewegungen sowie sozialistische Sekten und arbeitnehmerfreundliche oder den sozialen Bewegungen gewogene Strömungen in der Demokratischen Partei, innerhalb derer die Linke¹ sich ihrer selbst bewusst wird und Gestalt annimmt.

Die ersten vier Jahrzehnte des 20. Jahrhunderts hindurch waren es die rivalisierenden Parteien der Sozialisten und Kommunisten, die das Bild der politischen Linken im Wesentlichen bestimmten. Während des Zweiten Weltkriegs wurde die Kommunistische Partei zur treuen Anhängerin der Koalition, auf die Franklin Delano Roosevelt sich stützte. Das Gleiche gilt für einen Teil der Sozialistischen Partei. Aber auch. wenn sie sich anders verhalten hätten, würden es die Wahlgesetze und der Antikommunismus linken Parteien schwer, wenn nicht unmöglich gemacht haben, einen Platz an der Sonne zu finden. Doch die Auseinandersetzung darum, ob sie sich innerhalb der Demokratischen Partei, an ihrer Seite oder aber gegen sie an Wahlkämpfen beteiligen sollte, tobte in der Linken das ganze letzte Jahrhundert hindurch.

Die Hauptanziehungskraft der Demokraten auf die meisten links oder gemäßigt eingestellten Wähler dieser Partei besteht ganz einfach

Der hier verwendete Begriff der Linken ist offener und inklusiver, als viele andere im linken Spektrum es für richtig halten mögen. Andererseits betrachten die Mainstream-Medien, die politische Mitte und Rechte so ziemlich alles jenseits der Familie Bush als "die Linke". – Für eine umfassendere Analyse vgl. Ethan Young, Mapping the Left: Progressive Politics in the United States, RLS-NYC-Studie, 2012, www.rosalux-nyc.org.



darin, dass sie keine Republikaner sind. Von denen unterscheiden sich Amtsträger der Demokratischen Partei nämlich – je nach Blickwinkel - besten- oder schlimmstenfalls dadurch, dass sie es meist nicht ganz so eilig haben, die Armen und die Gewerkschaften zur Hölle zu schicken. Soziale Bewegungen haben in der Demokratischen Partei nur wenig Einfluss, wohingegen in der Grand Old Party die extreme Rechte über echte Machtpositionen verfügt. Manche meinen, das ließe sich ändern, insbesondere dann, wenn die Linke ihre Energien darauf konzentriert, die Führung der Partei zu erobern. Die Aussichten darauf, dass dies wirklich geschehen könnte, sind allerdings ziemlich düster. Die eigentliche Frage besteht darin, ob eine verstärkte Mitarbeit bei den Demokraten, um den linken Einfluss in der Partei zu steigern, den Bemühungen um eine Stärkung der Gewerkschaften wie auch um Wiederherstellung und Ermächtigung der Öffentlichkeit eher nützen oder eher schaden würde.

Es war einmal eine Dritte Partei, gegründet von der aufsteigenden Bourgeoisie des Nordens und von Sklavereigegnern, die sich dann – als Republikanische Partei – zum Kraftzentrum einer neuen herrschenden Klasse entwickelte. Diese Partei erlitt in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts ihre schwerste Niederlage, als die Dominanz freier Märkte durch den New Deal gebrochen wurde. Dessen semi-staatssozialistische Maßnahmen zielten darauf, die kapitalistische Wirtschaft mit Hilfe einer wiederbelebten Gewerkschaftsbewegung zu stabilisieren.

Von Upton Sinclair über Earl Browder bis hin zu Michael Harrington haben sich sozialistische Führer dafür eingesetzt, statt ein Gebilde außerhalb des Zweiparteiensystems zu konstruieren, besser in Wahlkämpfen auf Seiten der Demokratischen Partei und in deren inneren Auseinandersetzungen Einfluss zu gewinnen. Doch auch die Gegenposition wurde über siebzig Jahre hindurch nicht minder beharrlich und konsequent vertreten.

In den 1970er Jahren kam eine andere Sichtweise auf, die als "the inside/outside strategy" bekannt wurde. Arthur Kinoy, ein unabhängiger linker Rechtsanwalt mit engen Beziehungen zur Gewerkschafts-, Black-Power- und zur Puertorikanischen Unabhängigkeitsbewegung bildete das National Committee for Independent Political Action, das gleichzeitig örtliche Dritte-Partei-Bestrebungen und bestimmte Demokraten, darunter Jesse Jackson und seinen Wahlkampf, unterstützte. Es handelte sich um einen zweistufigen Ansatz: solange auf beiden Seiten des Zauns zu arbeiten, bis die Linke stark genug ist, die alte Partei entweder zu ersetzen oder zu übernehmen. Heute verfolgen einige sozialistische Gruppen und - mutmaßlich – die meisten unabhängigen Linken in den sozialen Bewegungen wie auch ein Teil der akademischen Welt diese Strategie.

Eine Abteilung der Linken zehrt von den Überresten der Avantgarde-Idee: Sie versucht eine unabhängige, grundsätzlich antikapitalistische Partei zu bilden. An progressive Wähler ergeht der Appell, die Demokratische Partei umstandslos aufzugeben. Das soll durch beharrliche Propagandaarbeit zu erreichen sein. Drei fundamentale Probleme dieser Position verweisen zugleich auf Grundprobleme der US-Linken mit Avantgarde-Vorstellungen.

1. Doktrinäres Denken: Die Parteikonzeption des Dritte-Partei-jetzt-Lagers bedeutet einen Rückfall in Vorstellungen der sozialistischen Bewegungen des 20. Jahrhunderts und noch früherer Zeiten. Sie ignoriert die inzwischen eingetretene Spektakularisierung der Politik. Sie kategorisiert alle Parteien nach Klassen. Da es keine Arbeiterpartei gibt – so diese Theorie, ist die wichtigste Aufgabe zuallererst, eine zu schaffen und dabei notfalls ganz von vorne anzufangen. Dabei werden die Millionen von (meist weißen und fremdenfeindlichen) Fach- und Landarbeitern außer Acht gelassen, die sich mit den Republikanern identifizieren, desgleichen die Millionen von Gewerkschaftsmitgliedern, Freiberuflern, an-



oder ungelernten Arbeitern und Arbeitslosen unter den Wählern der Demokratischen Partei. Die Theorie fragt nicht, warum diese Millionen das tun. Allenfalls erklärt sie es als Folge "falschen Bewusstseins". Stattdessen behaupten die Doktrinären, bei der nichtwählenden Mehrheit handele es sich in Wahrheit um aufgeklärte Massen, die bereit sind, aus dem Zweiparteiensystem auszubrechen.

- 2. Verschwörungsdenken: Auch ein anderer Flügel der politischen Linken, der weniger unter dem Einfluss traditioneller Sozialismusströmungen steht, denkt ähnlich wie das Dritte-Partei-jetzt-Lager. Hier herrscht die Neigung vor, alle politischen Entwicklungen als Machenschaften mächtiger Drahtzieher zu betrachten, die einer ahnungslosen Öffentlichkeit, von langer Hand sorgfältig vorbereitet, aufgezwungen werden. Zu Massenaktionen kann es in diesem Szenario nur kommen, wenn Wachhunde und Wahrheitssucher die Öffentlichkeit aufklären und enthüllen, wie die Puppenspieler ihre Fäden ziehen. Die Parallelen zum Verfahren der Doktrinären, die anachronistische Lehren zum Reinheitsmaß machen, liegen auf der Hand und beide Flügel kommen auch gut miteinander zurecht. Aus einer solchen Perspektive entlarvt Bernie Sanders sich mit der Ankündigung, er werde den Sieger der Demokraten-Vorwahlen unterstützen, als "Schäferhund", der arglose Wähler ins Lager Hillary Clintons treibt. Politik wird so auf ein Match zwischen Guten und Bösen reduziert
- 3. Sektierertum: Dieser Teil der politischen Linken besteht aus heillos zerstrittenen Splittergruppen. Deren Hauptsorge besteht, grob gesagt, darin, ihrer jeweiligen Partei oder Parteigründungsinitiative Mitglieder zuzuführen und den eigenen Einfluss in sozialen Bewegungen auszubauen, üblicherweise auf Kosten der konkurrierenden Sekten. Wenn es nach dem jeweiligen Selbstverständnis geht, arbeiten diese Gruppen auf eigene Faust oder gegeneinander auch wenn sie es schaffen,

sich in Bündnissen halbwegs erwachsen aufzuführen.

Solches Sektierertum spiegelt ein tiefer liegendes Problem wider: ein grundsätzliches Missverständnis der Art und Weise, in der politische Strukturen, die Massen zu mobilisieren vermögen, in Wirklichkeit entstehen und sich entwickeln. In diesem Prozess sind die Selbstorganisation und die politischen Programme linker Gruppen oder ihre Einstellung zum Zweiparteiensystem nämlich alles andere als prioritär.

Worauf es in diesem Prozess hingegen tatsächlich ankommt, das ist die Beteiligung von Massen an der Druckausübung auf ganz bestimmte Hebelpunkte, an denen die Widersprüche des Systems öffentliche Krisen auslösen. Dieser Faktor ist Kernstück eines jeden demokratischen Projekts, ob es nun darum geht, die Demokratie zu verteidigen und ihr eine klassenbewusste Richtung zu geben, oder darum, einer Initiative für Minderheiteninteressen mit demokratischen Mitteln zum Erfolg zu verhelfen.

Eine Alternative in selbstzufriedener Isolation entwickeln zu wollen – oder die Einstellungen von Millionen Menschen, die den bestehenden politischen Verhältnissen verhaftet sind, zu ignorieren –, entfremdet die Linke von sozialen Bewegungen, die erst dabei sind, ihre politische Richtung zu finden. Wer so verfährt und vorgegebene, auf sich selbst fixierte Führungsgruppen (Sekten) in den Mittelpunkt rückt, kann der Herausbildung demokratischer Strukturen aus den sozialen Bewegungen heraus nur schaden.

Mike Parker von der Richmond Progressive Alliance (der kein Befürworter einer Zusammenarbeit mit den Demokraten ist) hat die wahlpolitische Rolle der Linken treffend resümiert:

Diejenigen unter uns, die in Amerika progressiven Wandel sehen möchten, betrachten Wahl-



kampfaktivitäten nicht als Selbstzweck, sondern als wichtiges Mittel zum Zweck. Diese Aktivitäten sollen dreierlei erreichen: (1) politischen Wandel auf Bundes- oder Bundesstaatsebene bewirken. [...]; (2) Wahlkämpfe für Bildungsarbeit, die Ideen in die Öffentlichkeit trägt, nutzen; (3) durch kämpferische Aktivität zur Bewusstseinsbildung beitragen.<sup>2</sup>

# Die Demokratische Partei und die sozialen Bewegungen: Für sie und gegen sie

Das Sündenregister der Scheußlichkeiten und Vertrauensbrüche, die der Demokratischen Partei anzulasten sind, ist lang. Doch es steht bei den meisten Befürwortern einer linken Dritten Partei gar nicht im Zentrum ihres Plädoyers. Folgt man ihrer Beschreibung, so handelt es sich bei der Demokratischen Partei um einen Monolithen, der die Massen und anfällige soziale Bewegungen durch raffinierte Propaganda und Kooptationsmacht umgarnt. Struktur und Zweckbestimmung der Partei sind in dieser Sicht einheitlich und straff koordiniert. Für Arbeitnehmer ist die Demokratische Partei eine Falle, und wer ihr beitritt oder auch nur mit ihr zusammenarbeitet, akzeptiert ein feststehendes Programm und bindet sich mehr oder weniger an die Parteidisziplin - wenn er nicht gar einen Teufelspakt schließt und seine Prinzipien einer komfortablen Karriere opfert.

Deshalb, so heißt es dann, besteht der erste Schritt jedes fortschrittlichen Engagements bei Wahlen darin, ein Demokraten-freies Politikvehikel zu konstruieren, sei es auch noch so kümmerlich und marginal. Einige linke Sekten verfolgen anscheinend die Strategie, still und leise die Kontrolle über diese künftige Wahlpartei zu übernehmen oder sogar sich selbst mit ihren winzigen Kadern als deren Keimzelle zu etablieren.

Falls diese Vorstellungen je einen Realitätsgehalt gehabt haben sollten – heute stimmen sie ganz gewiss nicht mehr. In der Demokratischen Partei gibt es divergierende Strömun-

gen, von denen einige in der Tradition des New Deal stehen, während andere im Neoliberalismus wurzeln. Gewiss, die Partei überlässt dem Großkapital das Ruder, aber zu ihren wichtigsten Sponsoren und Stimmenbeschaffern gehört ein Großteil der Gewerkschaften.

Ein alter trotzkistischer Slogan reimt sich (so nicht übersetzbar): "break with the ass, build a party of the working class". Das Problem damit ist unter anderem, dass eine "Partei der Arbeiterklasse" nicht dadurch entstehen kann, dass man die Kämpfe für Arbeiterinteressen, die im Rahmen der Wahlkampagnen für Kandidaten der Demokratischen Partei stattfinden, ignoriert oder sich gar gegen sie stellt. Im Übrigen sind die Massenbasis und die finanziellen Mittel, die für den Start einer linken Gegenpartei gegen die Demokraten erforderlich wären, nirgends in Sicht. Das Wahlsystem ist massiv darauf zugeschnitten, ernsthafte Außenseiter nicht hochkommen zu lassen. Die politische Linke ist gespalten, isoliert und zutiefst verwirrt. Diesen Zustand gilt es zur Kenntnis zu nehmen, bevor wir eine konsistente Alternative propagieren können, sei sie nun als bloßes "Durchgangsstadium" gedacht oder ambitionierter.

Ein anderes Missverständnis bei der Suche nach einer unabhängigen Alternative besteht in der fixen Idee, dass alle Demokraten sich als

 <sup>&</sup>quot;Building Power through Electoral Efforts: Approaches to Independent Political Action", solidarity-us.org, 21.5.2015.



Feinde sozialer Bewegungen verstehen und betätigen. Auf manchen mag diese Beschreibung tatsächlich passen, aber die meisten Demokraten denken anders. Manche schätzen soziale Bewegungen, so lange sie der Einwerbung von Wahlkampfgeldern nicht in die Quere kommen; andere sind direkt aus Bewegungen hervorgegangen und von deren Unterstützung weiterhin abhängig, wenn sie im Amt bleiben wollen; wieder andere neigen Bewegungen außerhalb der Partei stärker zu als irgendwelchen innerparteilichen Strömungen. Nur ganz wenige sehen ihre Aufgabe darin, soziale Bewegungen zu unterdrücken, zu kaufen oder zu schlucken, wenn man von Fällen absieht, in denen jemand glaubt, sie gefährdeten ganz unmittelbar seine Karriere.

Das soll nicht heißen, dass es keine Demokraten gibt, die in oder für Wall Street arbeiten. Doch die Erkenntnis, welche anderen Funktionen Wahlkampagnen der (oder für die) Demokratische(n) Partei haben, ist von entscheidender Bedeutung dafür, dass die Linke Widersprüche zwischen den großen Parteien und zwischen politischen Tendenzen in deren Führung erkennen und nutzen kann.

Die sozialen Bewegungen sind nicht gleichzusetzen mit der politischen Linken. Selbst wo es Überschneidungen gibt, haben die ersteren ganz andere Ansichten zur Rolle der Demokratischen Partei. Manche soziale Aktivisten halten diese Partei sogar für ihre politische Heimat, was sie in Wirklichkeit ganz sicher nicht ist. Einfluss auf die Parteipolitik haben sie nur, wenn irgendeine Form von organisiertem Druck dahinter steht.

Ganz allgemein gesprochen hängt die Fähigkeit sozialer Bewegungen, politische Wirkung zu erzielen, von ihrer Bereitschaft ab, im entscheidenden Augenblick, nämlich dann, wenn Partei- und Bewegungsinteressen scharf voneinander abweichen, der Parteiführung und gewählten Amtsträgern der Demokraten zu

widerstehen. Im Verhältnis der von Milliardären unterstützten, aber von kleinunternehmerischen und mittelständischen Kreisen getragenen Tea Party zur Republikanischen Partei hat das funktioniert. Aber bei den Demokraten wird die Stellung finanziell schlecht gestellter Abweichler durch Widerspruch noch prekärer, es sei denn, Massenbewegungen bieten ihnen Rückhalt.

Was wiederum den Rückhalt verewigt, den die Demokratischen Partei in den sozialen Bewegungen – in den Gewerkschaften, in sozialen Brennpunkten, bei Frauen, LGBTQs oder der Umweltbewegung - genießt, das ist in erster Linie Angst vor den Republikanern. Die Prediger des Gebots "Du sollst nicht …" (mit Demokraten oder für sie arbeiten) behaupten beharrlich, die Demokraten hätten so wenig von einem "kleineren Übel" an sich, dass dies Argument nicht ziehe. Schließlich stärke jeder Kompromiss mit der Demokratischen Partei nur deren Zugriff auf die sozialen Bewegungen. Die meisten Wählerinnen und Wähler kümmern sich nicht um solche Ratschläge, aber nicht deshalb, weil die Basis der Demokraten aus Dummköpfen besteht, sondern weil die Republikaner sich ein ums andere Mal als der tödlichere Feind erweisen. Kleinunternehmer und Sozialkonservative aller Klassen haben die GOP ganz real zu ihrer Heimat gemacht, in der sie reale Macht gewinnen, weil sie die republikanischen Ziele teilen: die Gewerkschaften zu zerstören und die sozialen Errungenschaften der 1960er und 1970er Jahre zurückzurollen. Ebendies besorgen die Republikaner in jedem Bundesstaat und jeder Region, wo sie die Gesetzgebung dominieren, während die Demokraten, wie schwach auch immer, alles sind, was dem auf nationaler Ebene im Wege steht.

Die Offensive der extremen Rechten geht nicht in erster Linie von oben (von big business) aus, aber wenn ihr kein Widerstand entgegengesetzt wird, verschiebt sie die politische Mitte gefährlich weit(er) nach rechts. (Gefährdet



sind in diesem Fall sowohl die Rechte und Lebensbedingungen der Arbeitnehmer als auch der Zugang des Kapitals zu Arbeits- und Konsumentenmärkten.) Unter diesen Umständen wäre es selbstmörderisch, die Demokraten rundum zurückzuweisen. Manch unabhängige Kampagne bereitet de facto den Republikanern den Boden, auch wenn manche Linke das nicht wahrhaben wollen und als Gruselstory abtun, mit der Wählerinnen und Wähler ins Lager der Demokraten zurückgescheucht werden sollen.

Gleichwohl wird die Demokratische Partei, so lange sie Konzernen gehört und von diesen kontrolliert wird, kein Instrument für radikalen Wandel sein. Die Partei kann die Präsenz linker Stimmen tolerieren, aber man geriete in eine Sackgasse, wollte man ganz auf ihre Zukunft setzen. Die Arbeitnehmerbasis der Partei leidet unter der zunehmenden Austerität und Militarisierung der Gesellschaft (politischen Entwicklungen, die von den Demokraten entweder mit betrieben oder nur zaghaft bekämpft werden). Das wird sich so schnell nicht ändern. Die Linke muss ihre Autonomie gegenüber der Demokratischen Partei wahren, oder jeder Versuch, mit dem Neoliberalismus Schluss zu machen, wird scheitern.

# **Linker und rechter Populismus**

Antistaatlicher Populismus mobilisiert die Basis der Republikaner. Der ökonomische Populismus hingegen beginnt gerade erst, bei Wählern der Demokratischen Partei Fuß zu fassen. Bis vor kurzem war Elizabeth Warren die bekannteste Vertreterin dieser Richtung, die jetzt Bernie Sanders für seine Kampagne, als Präsidentschaftskandidat der Demokraten nominiert zu werden, nutzt. Wirtschaftspopulismus ist sicher noch kein Sozialismus, aber sein Vordringen auf die nationale politische Ebene kommt sozialistischen Vorstellungen näher als irgendetwas sonst seit Menschengedenken. Dieser Populismus fordert die neuerliche Regulierung der Großwirtschaft, insbesondere der Banken, durch den Staat ebenso wie progressive Besteuerung und massive Investitionen in den öffentlichen Sektor, etwa ins Bildungswesen und in eine einheitliche Krankenversicherung. Zugleich bildet er für linke Aktivisten in der Demokratischen Partei eine Brücke zu den eher links-liberalen, freihandelskritischen und gewerkschaftsfreundlichen "Old New Dealers" gleich nebenan. Obendrein spricht der Wirtschaftspopulismus unentschlossene Wähler

außerhalb der Partei an, die erkennen, dass der Neoliberalismus ihnen schadet.

Sowohl beim Links- wie beim Rechtspopulismus handelt es sich um Reaktionen auf die Verschlechterung der Lebensverhältnisse, die der Generalangriff der neoliberalen Austeritätspolitik bewirkt. Der Rechtspopulismus stellt den Staat als Fremdkörper dar, als elitäres Gebilde mit dem Ziel, die Mittelschicht zu zerstören. Er appelliert an uralte Mythen, die im Alltag der middle class tief verwurzelt sind: Patriarchat und Hierarchie der "Rassen" als schicksalhafte Gegebenheiten der Biologie; harte Arbeit und playing by the rules als Wohlstandsgarantie; Vorrang der Religion vor säkularer Bildung und Wissenschaft; und schließlich Angst vor und Wut auf jene, deren bloße Existenz die Lügen, auf denen solche Vorstellungen basieren, zu bestätigen scheint.

Dass der Linkspopulismus erstarkt, liegt zum Teil daran, dass die wichtigsten Modelle der traditionellen Linken – Sozialismus und New-Deal-Wohlfahrtsstaat – als Alternativen



zur ungezügelten Marktwirtschaft diskreditiert wurden, besonders infolge des Aufstiegs des Neoliberalismus und des Zusammenbruchs des Sowjetlagers. Allerdings handelt es sich beim Linkspopulismus immer noch eher um ein unbeschriebenes Blatt als um ausgearbeitete politische Theorie oder Strategie. Ob links oder rechts – Populismus erwächst aus einem (meist kollektiven) Gefühl, (meist ganz persönlich) Opfer zu sein. Dieses wiederum ist oft die erste Reaktion der Betroffenen auf soziale Fragmentierung und Austerität.

Diese Form des Populismus ist eben erst dabei, ihre Sprache und ihren Standort zu finden. Sie lässt viele Fragen offen, schließt aber keine progressive Alternative – nicht einmal Sozialismus – aus. Das S-Wort mag immer noch befremdlich auf viele Amerikaner wirken und selbst für Linke etwas mysteriös klingen. Aber diejenigen, die dem Sog nach rechts und rechtsaußen nicht verfallen, sind in der Mehrheit, und das dem Sozialismus anhaftende Stigma wirkt heute weit weniger bedrohlich als während des Kalten Krieges. Aus diesem Grunde kann der sozialistische Senator Bernie Sanders als Bannerträger des Wirtschaftspopulismus Zustimmung finden.

Der Linkspopulismus weist, anders als der Wohlfahrtsstaat, auf mancherlei Art in Richtung Sozialismus, geht aber dabei (noch) nicht so weit, das Ende des Kapitalismus zu fordern. Was Libertäre oder Neofaschisten ganz besonders in Rage bringt, ist der Gedanke der Umverteilung von oben nach unten. Bei den Demokraten befürchten das "gemäßigte" Democratic National Committee und erst recht die konservativere Blue Dog Coalition, Populismus könne das Verhältnis der Partei zu diversen Kapital- und Finanzkreisen und deren Spendenbereitschaft schädigen – Kreisen, gegen die sich der Zorn der Populisten ganz besonders richtet.

Die Parteibasis verwandelt sich gerade aus einer zutraulichen Herde in eine beunruhigte und wütende Masse. In dem Maße, in dem diese Basis gewahr wird, wie viel politischen Druck sie tatsächlich ausüben kann, wird der Populismus zum gemeinsamen Nenner unterschiedlicher Parteiströmungen und Wählergruppen (wie dies bei der Rechten bereits geschehen ist). Das erfolgt, wie die Sanders-Kampagne beweist, sowohl in landesweiten als auch in regionalen und lokalen Wahlkämpfen.

Der Wirtschaftspopulismus ermöglicht es zudem der Öffentlichkeit, sich über das Wesen des Neoliberalismus und die Zerstörung des Sozialstaats, für die er steht, illusionslos klar zu werden. In der Clinton-Ära haben (links)liberale Demokraten entweder eine Rückkehr zu den Vor-Reagan-Zeiten oder Verständnis dafür verlangt, dass es eben der Markt sei, der die Gesellschaft regiert. Mittlerweile aber wendet sich die Diskussion der Notwendigkeit kooperativer Produktionsformen, grüner Jobs und einer Wiederbelebung der Gewerkschaftsbewegung zu. Die Diskutanten kommen aus unterschiedlichen Richtungen, aber alle befassen sich mit folgender Frage: Brauchen wir einen neuen New Deal oder würden wir auf diesem Wege lediglich staatliche Top-Down-Dienstleistungen restaurieren, und das zudem unter den Bedingungen einer niedergehenden und völlig korrupten Marktwirtschaft?

Es handelt sich um einen Durchbruch im Diskurs der politischen Linken, inspiriert durch Verfechter des Kooperativengedankens wie Gar Alperovitz und Bewegungen, die sich vor allem mit Umverteilungsfragen befassen. Ausgelöst wurde er durch die Umweltkrise und die Misere, in die der Neoliberalismus das Leben arbeitender Menschen verwandelt. Die Grundannahme linker Populisten besagt, dass der Staat von großunternehmerischen und finanzindustriellen Einflüssen gereinigt werden muss. Seit Occupy Wall Street wissen wir allerdings besser, wie schwer und langwierig dieses Vorhaben sein wird.



# Linke Siege und Zukunftsaussichten

Die Bürgermeisterwahl in New York City markiert – unabhängig davon, ob Bürgermeister de Blasio seine Versprechen hält oder nicht – einen Pendelschlag, einen Umschwung von landesweiter Bedeutung. De Blasio wurde aufgrund eines progressiven Programms gewählt, und zwar von einer ungeachtet der Hautfarbe vor allem aus Werktätigen bestehenden Wählerschaft. Das markiert einen bedeutsamen Umbruch im Wahlverhalten, der allerdings nicht isoliert dasteht.

Dieser und andere in der vorliegenden Studie untersuchte Fälle zeigen, dass die Linke dabei ist, in Schlüssellokalitäten Durchbrüche zu erzielen. Dabei sind die Umstände jedes Mal andere. Einige Kandidaten haben in nonpartisan elections gewonnen (also in Wahlen ohne Parteizugehörigkeitsangaben auf den Stimmzetteln). Einige haben sich auf den Widerstand gegen Unternehmermacht konzentriert. Manche nahmen Polizeigewalt ins Visier, andere Netzwerke der Korruption. Einige machten die Verteidigung des öffentlichen Bildungswesens zu ihrem Thema. Alle aber haben sie an populistische Stimmungen unter Arbeitnehmergruppen angeknüpft und dazu aufgerufen, sich gemeinsam gegen die Austeritätspolitik zu wehren. Genau deshalb konnten sie beachtliche Wahl- oder Abstimmungsergebnisse erzielen.

Bei den Chicagoer Bürgermeisterwahlen 2015 traten Jesús "Chuy" García, ein reformorientierter Landrat von Cook County (Illinois) mit engem Verhältnis zur lokalen Basis, und Rahm Emanuel als Kandidaten gegeneinander an, letzterer ein technokratischer Strippenzieher, den der lokale Parteiapparat der Demokraten im Bunde mit Obamas Weißem Haus installiert hatte. Die Garcia-Wahlkampagne, die zunächst als Donquijoterie galt, verwandelte die Bürgermeisterwahl in ein erbittertes Handge-

menge um jede Stimme. Initiatoren dieser Herausforderung des Amtsinhabers waren nicht etwa parteiinterne Rivalen, die Initiative ging vielmehr von der rebellischen Lehrergewerkschaft Chicagos aus – Local 1 der American Federation of Teachers. García verlor das Rennen zwar, aber die Umstände waren ungewöhnlich genug, und einige Beobachter resümierten, dieses Ergebnis zeige, dass die Linke durchaus noch Wahlen gewinnen und wichtige Lehren aus ihnen ziehen könne.

In zwei Städten mit einem hohen Bevölkerungsanteil von Afroamerikanern und Arbeitern – Newark (New Jersey) und Jackson (Mississippi) – konnten Kandidaten, die offen als radikale Linke auftraten, die Bürgermeisterwahlen gewinnen: Ras Baraka (Sohn des Schriftstellers und führenden Aktivisten Amiri Baraka) und Chokwe Lumumba (ein Führer der linken schwarznationalistischen New-Afrikan-Independence-Bewegung). Die etablierten Kräfte der Rechten und der Mitte konnten nur verblüfft registrieren, wie diese beiden an ihnen vorbei- und ins Rathaus einzogen.

Die Wahlen in Newark und lackson verdienen aus einer Reihe von Gründen Beachtung. In beiden Fällen führte jahrelange Organizing-Erfahrung dazu, dass die Kandidaten allgemein bekannt waren und so die Parteihengste, denen die Status-quo-Politik, Korruption, Austeritätsmaßnahmen und Wahlrechtseinschränkungen angelastet wurden, überflügeln konnten. Beide Wahlsieger verkörperten darüber hinaus einen Bruch mit der Entwicklung, die die Schwarzen-Wahlbewegung seit den 60er Jahren genommen hatte. Aus dieser hervorgegangene und mittlerweile etablierte Amtsträger hatten den Schwerpunkt der Community-Politik von links in die Mitte verschoben, während die Basis sich als unfähig – oder nicht gewillt - erwies, dem entgegenzuwirken. Jetzt



aber beginnen die Wählerinnen und Wähler aus der arbeitenden Bevölkerung, im Zuge ihrer Repolitisierung die Gewichte nach links zu verschieben.

Zwei andere Fälle, in denen die Kandidaten linker Dritte-Partei-Initiativen etablierte Demokraten und Republikaner besiegen konnten, lassen vermuten, dass das Zweiparteiensystem unter bestimmten örtlichen Umständen sogar als solches verwundbar sein kann. In Seattle eroberte Kshama Sawant mit einem nicht parteigebundenen Wahlkampf einen Stadtratssitz. Sawant, Mitglied der trotzkistischen Gruppe Socialist Alternative trat als parteilose Sozialistin an. Ein konträres Szenario bot die den Gewerkschaften verbundene Working Families Party (WFP): In Hartford und New York City brachten sie ohne Wahlabsprachen mit den Demokraten zwei Kandidaten in Staatsämter, während in Philadelphia ein von der WFP unterstützter Kandidat bei den Demokraten die Primary zu den Bürgermeisterwahlen gewann.

Aus Richmond (Kalifornien), einem Industriezentrum nordöstlich von Oakland, ist ein weiterer, wiederum anders gearteter Fall zu berichten: Hier schlug eine konzernkritische Koalition eine der mächtigsten Ölgesellschaften auf deren – vermeintlich – eigenem Terrain.

Diese Handvoll Beispiele möge genügen, um einen deutlichen und vielversprechenden Wandel des politischen Klimas zu illustrieren, der im nationalen Diskurs erst ganz allmählich Beachtung findet. Besorgniserregend ist allerdings die Gleichgültigkeit, mit der große Teile der Linken dieser bedeutsamen Verschiebung im politischen Koordinatensystem begegnen. Manche glauben, Wahlpolitik lenke von Straßenaktionen oder Graswurzel-Organisierungsarbeit ab. In einem Teil der Linken dominiert traditionell die Vorstellung, Wahlkampfarbeit bedeute, entweder sich selbst aufzugeben

oder den Herrschenden in die Falle zu gehen. In derart maximalistischen Positionen kommt die mangelnde Kohärenz unserer Politik zum Ausdruck. Sie bieten keine Lösungen und helfen auch nicht bei der Lösungssuche.

### **New York, New York**

Bedenkt man seine Vorgeschichte als linker Aktivist – bevor er in die "seriöse" Politik ging –, so ist Bill de Blasios Aufstieg schon bemerkenswert. In Hillary Clintons Wahlkampf um den Senatorenposten 2000 spielte de Blasio eine wichtige Rolle; damals als Stadtratsmitglied, das Park Slope – ein linksliberales, von Gentrifizierung bedrohtes Viertel – vertrat. Während der dritten Amtsperiode des Bürgermeisters Bloomberg übte de Blasio von 2010 bis 2013 das Wahlamt des Public Advocate (einer Art Ombudsmann) aus.

Früher aber, in den 1980er Jahren, hatte de Blasio sich in der Mittelamerika-Solidaritätsbewegung engagiert, die zu Zeiten Ronald Reagans und George H. W. Bushs durch die Radikalität ihrer politische Aktivitäten auffiel. 1989 beteiligte er sich an der Wahlkampagne, die David Dinkins, New Yorks ersten (und immer noch einzigen) schwarzen Bürgermeister ins Amt brachte. Damals wurde er zum Aufsteiger in der Demokratischen Partei, Mitarbeiter des Harlemer Kongressabgeordneten Charles Rangel und der Bill-Clinton-Administration.

Er ist mit einer Schwarzen verheiratet, und seine Kinder traten im Wahlkampf offen als Schwarze auf. Was ihn vor nicht allzu langer Zeit noch zur politischen Unperson gemacht hätte, scheint jetzt ganz im Gegenteil seine Popularität gesteigert zu haben, und zwar sowohl unter Schwarzen als auch unter Weißen. Bedenkt man die historische Rolle von "Rassen"- und Gender-Stereotypen, so erstaunt wohl am meisten, dass es ihm politisch nicht geschadet hat, mit Chirlane McCray verheiratet



zu sein. Immerhin hatte diese einmal – Mitte der 1970er Jahre – einer der ersten schwarzen Lesbengruppen, dem Combahee River Collective, angehört.

Die (Vor-)Geschichte de Blasios lässt noch deutlicher werden, welche Bedeutung seiner Wahl zukommt. Er ist (Links-)Liberaler und er ist ein Insider, durchaus aber keine Parteikreatur. Als er beschloss, für die Nominierung zum Bürgermeisterkandidaten der Demokraten zu kämpfen, fand er ein dicht gedrängtes Kandidatenfeld vor, darunter mit Bill Thompson einen Afroamerikaner, der Bloomberg in der letzten Runde fast geschlagen hätte; ferner einen populären Finanzchef der Stadt, John Liu, der New Yorks schnell wachsende asiatischstämmige Wählerschaft beeindruckte, und noch einige mehr. Angeführt wurde dieses Feld zu diesem Zeitpunkt von Christine Quinn, damals Stadtratsvorsitzende, die sich von einer Reformerin aus dem vormaligen Bohème-Stadtteil Greenwich Village zur strikten Bloombergianerin gewandelt hatte. Quinn, eine Weiße und erklärte Lesbierin, schadete sich selbst, indem sie bezahlten Krankheitsurlaub für städtische Angestellte ablehnte und den Stadtrat (erfolgreich) nötigte, die Amtszeitbegrenzung des Bürgermeisters aufzuheben, weil Bloomberg weitermachen wollte. Nachdem sie in den Umfragen lange vorn gelegen hatte, fiel sie zur Verwunderung vieler Beobachter in den Wochen vor der Primary weit zurück.

New Yorks Elektorat besteht aus eine Reihe mehr oder weniger fest umrissener Stimmblöcke, die tendenziell miteinander rivalisieren und soziale, ethnische und Gender-Zugehörigkeiten widerspiegeln. Es verwunderte deshalb, dass de Blasio, ein waschechter weißer Mann, in allen Teilen der Stadt dem Feld davonziehen konnte, auch in Arbeitervierteln, in denen weiße Wähler die Minderheit bilden. Doch er unterschied sich auch auf andere Weise: Zu einer Reihe von Schlüsselfragen vertrat de Blasio bewusst linke Positionen.

Die Unzufriedenheit über Bloombergs Politik war allgemein spürbar. Bevor Bloomberg Occupy Wall Street auseinandertrieb, hatte diese Bewegung den New Yorkern Möglichkeiten geboten, ihre Ängste und ihren Zorn zu artikulieren. Die Ungleichheit in der Stadt war in dem Maße gewachsen, in dem Manhattan sich in eine Art Laufstall der Reichen verwandelte. Gleichzeitig wurden die öffentlichen Schulen der Stadt durch Spar- und Privatisierungsmaßnahmen kaputtgemacht. Bezahlbarer Wohnraum verschwand. Bloomberg hasste Gewerkschaften und ließ die städtischen Beschäftigten in Sachen Arbeitsverträge wiederholt im Regen stehen. Noch dringlicher war das Thema Polizei: Bloomberg hatte, als er Rudi Giuliani im Amt nachfolgte, an dessen Polizeichef Ray Kelly festgehalten, und Kellys mittlerweile berüchtigte Strategie des "stop and frisk" ("Anhalten und Durchsuchen") wuchs sich allmählich zu einem Riesenskandal aus.

Diese – durch Occupy Wall Street aufgebrachten – Themen führten in eine Konfrontation mit den wichtigsten Machtfaktoren New Yorks – dem *FIRE-*Establishment (*F* wie Finanzwelt, *I* wie Insurance/Versicherungen und *RE* wie Real Estate, also dem Immobiliengeschäft) und der städtischen Polizei. Welche Absichten de Blasio vor der Wahl auch immer verfolgt haben oder was er im Amt tatsächlich leisten mag: Seine Popularität beruht großenteils darauf, dass er die Mächtigen mit gerade diesen Wahlkampfthemen herausforderte.

Die Vielfältigkeit seiner Wählerbasis wirft Licht auf neue Entwicklungen, die sich in der elektoralen Landschaft abzeichnen. Nach der Vorwahl lag de Blasio in allen Bereichen vorn – außer in dreien: Die wohlhabendsten Wähler stimmten für Quinn, Afroamerikaner und Asiaten entschieden sich in den entsprechenden Vierteln jeweils in großer Zahl für Thompson respektive Liu. Gewerkschaftlich organisierte Arbeitnehmer wiederum verteilten ihre Zustimmung – sei es aus Zufall oder ganz be-



wusst – auf alle vier Kandidaten. Unter den relevanten Gewerkschaften fand de Blasio in der Vorwahl nur bei SEIU 1199 Rückhalt, wobei es sich allerdings um den wichtigsten lokalen Verband mit der besten "Get-out-the-vote"-Bilanz handelt (der Mitglieder und Anhänger besonders erfolgreich zum Urnengang motivieren konnte – D. Übs.)

Nach seinem Primary-Sieg fand de Blasio die massive, wahlentscheidende Unterstützung des jetzt vereint votierenden Gewerkschaftsblocks. Der Politikwissenschaftler J. Philip Thompson (vom Massachusetts Institute of Technology/MIT) konstatiert:

De Blasio gewann 73 Prozent der Stimmen, der Republikaner Joe Lhota 24 Prozent - eine Differenz von fast fünfzig Punkten. So etwas kommt bei Bürgermeisterwahlen eigentlich gar nicht vor. Es war ein erstaunlicher Sieg, der anzeigt, dass de Blasio eine Sehnsucht der Wählerschaft nach einer anderen Politik nutzen konnte [...]. Während de Blasio und Lhota die Stimmen der weißen Männer gleichmäßig unter sich aufteilten, konnte de Blasio bei den weißen Wählerinnen, deren Stimmen er zu 60 Prozent gewann, Lhota abhängen. Den stärksten Auftrieb aber, der das Rennen für Lhota aussichtslos werden ließ, verschaffte de Blasio die massive Unterstützung der People of Color – 96 Prozent der schwarzen Wähler, 87 Prozent der Latinos und 70 Prozent der Asiaten stimmten für ihn.3

Am eigentlichen Wahltag konnte de Blasio auf einen hohen Identifikations- (und nicht nur Bekanntheits-)Grad sowohl unter schwarzen Wählern als auch unter wichtigen Demokraten zählen. Politische Insider in Harlem wie in Brooklyn kannten und schätzten ihn. Sein früheres Engagement, das ihn nach Lateinamerika geführt hatte, half ihm wahrscheinlich, auch die traditionell politikfremde und verstreute Latino-Wählerschaft anzusprechen. Seine Wahlkampagne verschaffte den (nach der Vorwahl wieder vereinten) Gewerkschaften und

Community-Gruppen aus der Arbeiterschaft die Gelegenheit, ein wenig die Muskeln spielen zu lassen.

Veränderungen gab es bei dieser Wahl auch im Hinblick auf die in den Stadtrat entsandten Bezirksvertreter. 2013 zählte der Progressive Caucus dort elf Mitglieder. Durch neu in den Rat gewählte Mitglieder wuchs diese Zahl 2014 auf 19 an, und die Co-Vorsitzende des Caucus, Melissa Mark-Viverito, wurde sogar zur Ratsvorsitzenden gewählt.

Einige der ersten Schritte de Blasios nach der Wahl begeisterten seine Anhänger, andere erbosten sie. Die Berufung der angesehenen Pädagogin Carmen Fariña zur Schuldezernentin ermutigte Eltern, deren Kinder öffentliche Schulen besuchen, und die Lehrergewerkschaft. Den Betreibern der Privatisierung dieser Schulen – eines Lieblingsprojekts sowohl Bloombergs als auch Andrew Cuomos, des Gouverneurs von New York State – machte diese Personalentscheidung hingegen einen Strich durch die Rechnung. De Blasio befürwortet entschieden, im Rahmen des enorm dimensionierten New Yorker Schulsystems "pre kindergarten classes" (pre-K) für alle Kinder einzuführen und durch progressive Besteuerung zu finanzieren. Dies ist eines der zentralen Themen des schärfer werdenden Kampfes zwischen dem Bürgermeister und dem ebenso ehrgeizigen wie sparwütigen Gouverneur. Um die Finanzierung der öffentlichen Schulen muss de Blasio weiterhin kämpfen, doch die stadtweite "Pre-K"-Einführung konnte er bereits durchsetzen. Auch bei der Aushandlung neuer Verträge für die Beschäftigten der Stadt hat er schon wichtige Hürden genommen: Ausweitung der Krankengeldansprüche, Anhebung des Mindestlohns von 8,75 auf 13 Dollar und erste Maßnahmen zur Verbesserung der Umweltverhältnisse in der Stadt.

Was die Schlüsselfrage bezahlbaren Wohnraums betrifft, hat de Blasio versucht, einem

J. Phillip Thompson, Does De Blasio's Win Represent the Birth of a New Urban Populism?", in: "New Labor Forum", Winter 2015.



Konflikt mit den Immobilien-Moguln, die New Yorks Wirtschaft beherrschen, aus dem Weg zu gehen. So tritt er einerseits für den Schutz bestehender Nachbarschaften ein (durch Verlangsamung oder Beendigung von Gentrifizierung und Luxuswohnungsbau), unterstützt aber andererseits Hochhausbaupläne, die genau das Gegenteil bewirken würden. Auf populistische Forderungen hat de Blasio mit Versprechungen reagiert, die er (was auch immer er vorhat) nicht einlösen kann, ohne sich auf organisierten Widerstand gegen die Immobilien-Fürsten zu stützen. Hier zeigen sich die Grenzen, auf die gewählte Amtsträger stoßen, wenn sie populistische, gegen den Privatsektor gerichtete Erwartungen erfüllen wollen.

Die Zustände im Polizeibereich sind das vielschichtigste Problem, mit dem der neue Bürgermeister sich konfrontiert sieht. Erwartungsgemäß schürt es sowohl linke wie rechte Kritik. Unter Bloombergs Vorgänger, Rudy Giuliani, verfolgte Polizeichef Bill Bratton die unter dem Stichwort "Broken Windows" bekannt gewordene Strategie, schon gegen kleinste Delikte mit Verhaftungen vorzugehen. Giuliani ersetzte Bratton später durch Ray Kelly, der zurückhaltender und pragmatischer vorging, und hielt für den Rest seiner drei Amtsperioden an diesem fest. Kein Polizeichef in der Geschichte der Stadt hat länger amtiert. Im Laufe der Jahre schuf Kelly sich innerhalb des Polizei-Departments eine ihm ergebene Infrastruktur und konzentrierte sich statt auf "Broken Windows" auf das bereits erwähnte "stop and frisk". Diese lief darauf hinaus, den Beamten freie Hand zu geben, willkürlich – auf bloßen Verdacht hin - Zivilisten zu belästigen und anzugreifen.

Was das für die arbeitende Bevölkerung bedeuten konnte, wurde nur zu bald klar. Tag für Tag sahen *People of Color* – zahlenmäßig in der Mehrheit – sich durch Übergriffe der überwiegend weißen Polizei bedroht (wobei die betreffenden Beamten nicht einmal aus New York kommen mussten). Noch verschärft wurde die

Problematik durch eine landesweite Welle von Korruption und rassistischer Paranoia und ein an Gangstersitten erinnerndes Verschwiegenheitsgebot in Polizeibehörden. Eine Serie tödlicher Begegnungen mit Polizisten verschaffte dem Thema "stop and frisk" höchste Aktualität, und dies nicht nur unter den Jugendlichen sozialer Brennpunkte. Dass de Blasio diese Frage zum Wahlkampfthema machte, kam in breiten Kreisen der Bevölkerung gut an. Doch nach der Wahl ersetzte er Kelly überraschend durch Bratton, der zwar mit "stop and frisk" Schluss machte, aber zu seiner alten "Broken-Windows"-Strategie zurückkehrte. Damit schwand die Hoffnung auf irgendwelche grundsätzlicheren Fortschritte im Verhalten der Polizei.

Es wäre leicht, de Blasios Notlösungen darauf zurückzuführen, dass dieser sich eben ganz einfach zum Parteisoldaten zurückverwandelt. Doch die Polizei wieder unter Kontrolle zu bringen, erfordert selbst unter normalen Umständen ausdauernde und sorgfältige Arbeit, vergleichbar dem Entschärfen einer Bombe. Das Department arbeitet weiterhin wie gewohnt und mit Kellys Leuten, die der neuen Stadtregierung keinerlei Loyalität entgegenbringen. Die einfachen Polizisten im Straßendienst schon durch Anweisungen, mit Demonstranten und unbeteiligten Zuschauern weniger grob umzuspringen, verunsichert – fühlen sich in eine Zwickmühle versetzt: entweder mit gebundenen Händen arbeiten zu müssen oder als Schläger – manchmal als Killer – bestraft zu werden. Bratton geriet unter Feuer von beiden Seiten, von Polizeianhängern wie von kritischen Zivilisten, womit er besser zurechtkam als der frisch gewählte neue Bürgermeister. Murdoch-Presse und führende Polizeigewerkschafter etikettierten de Blasio als "Rassenverräter" und als Lakaien des prominenten Baptistenpfarrers und Bürgerrechtskämpfers Al Sharpton, doch bisher hat der Bürgermeister ebenso wie der Polizeipräsident dem Sturm standgehalten. Allerdings werden Belästigun-



gen, willkürliche Inhaftierungen und mörderische Gewaltpraktiken garantiert nicht aufhören, so lange das New York Police Department (NYPD) es als seine Routineaufgabe ansieht, junge Leute, nur weil sie in der Stadt unterwegs sind, unter Generalverdacht zu stellen und entsprechend zu behandeln.

Jedenfalls hat de Blasio sich als jemand positioniert, der die linken Demokraten landesweit anführen kann. Sein Wahlerfolg könnte angesichts seiner früheren Verbindungen mit Hillary Clinton Auswirkungen auf die Politik der Partei in der Zeit nach Obama haben. Wie die sozialen Bewegungen auf eine etwaige Kurskorrektur der "Clintonites" nach links reagieren würden, bleibt abzuwarten. Ein Linksschwenk des Clinton-Lagers könnte an der Basis zu mehr Wählerdruck in sozialen Fragen führen, etwa zu Forderungen nach mehr Geld für Sozialhilfemaßnahmen sowie wirksamer Besteuerung der Reichsten und der Konzernwirtschaft, um diese Maßnahmen finanzieren zu können. Wenn der Schwenk nicht funktioniert, werden die Demokraten weiter Plan A verfolgen, der in populistischen Zirkusaufführungen zu gerade mal gängigen Themen besteht - "Brot und Spiele" also, allerdings ohne das "Brot".

# Chicago, Illinois

Wenn de Blasios Wahl 2014 ein Erfolg war, der zugleich neue Rückschläge vorausahnen ließ, so bedeutet Chuy Garcías knapp gescheiterte Wahlkampagne in Chicago 2015 zwar keinen Sieg, doch ist diese Niederlage von wichtigen Erfolgen durchsetzt.

Der 2011 ins Amt gekommene Rahm Emanuel präsentierte in Chicago geradezu die Modellversion eines neoliberalen Demokraten. Er ist seit Menschengedenken der erste Bürgermeister, der nicht aus der Parteiorganisation der Demokraten von Cook County kommt. Emanuels Vorgeschichte besteht schlichtweg

darin, dass er zunächst einen Sitz als Abgeordneter aus Illinois im Kongress einnahm, dann ins Weiße Haus wechselte, um Obamas erster Stabschef zu werden, und von dort aus wiederum ins Bürgermeisteramt von Chicago zog. Dies erlangte er auf ähnliche Weise wie Robert F. Kennedy und Hillary Clinton ihre Senatssitze in New York State: durch Beziehungen ins Weiße Haus. Als Bürgermeister machte Emanuel sich unverzüglich daran, öffentliche Gelder in private Taschen zu transferieren. Sein Vorgehen wirkt eher plump, aber er ist es gewohnt, seinen Willen durchzusetzen.

Doch schon im zweiten Amtsjahr wurde er in seiner Pose als starker Mann bloßgestellt. Der Journalist John Nichols schrieb dazu:

Falls man dem Bürgermeister eine Fehlkalkulation nachweisen kann, so ist es sicherlich seine Entscheidung, fünfzig Schulen zu schließen und die Lehrergewerkschaft herauszufordern, die daraufhin 2012 zum ersten Mal seit Jahrzehnten streikte.<sup>4</sup>

Emanuel hatte nicht erwartet, dass dies kein gewöhnlicher Streik sein würde. Die Chicagoer Lehrergewerkschaft CTU mobilisierte Eltern und Community-Gruppen, um dem Bürgermeister Druck zu machen. Emanuel sollte wieder mehr Geld ins öffentliche Schulwesen investieren und aufhören, Lehrerinnen und Lehrer einer "education standardization" zu unterwerfen, ihre Rechte zu beschneiden und sie in die Armut zu treiben. Eltern versammelten sich zu Großdemonstrationen, und die Lehrer erreichten schließlich einen Tarifvertrag, der Emanuels Vorstellungsvermögen weit überstieg.⁵ Der CTU gelang es, die ganze Stadt mit einem Netzwerk aus Lehrern, Eltern und Schülern öffentlicher Schulen zu überziehen und so eine Bewegung zu schaffen, die sich

<sup>4</sup> John Nichols, Rahm Emanuel Seemed Unstoppable— Until He Ticked Off Chicago's Teachers, in: "The Nation", 25. 2.2015.

<sup>5</sup> Vgl. Ethan Young, Teachers on Strike, RLS-NYC-Studie, 2013, www.rosalux-nyc.org.



ganz generell gegen Emanuels Austeritäts- und Privatisierungspläne stark machte. Plötzlich sah sich ein Bürgermeister, der seine ganze Karriere auf gute Beziehungen zu den Mächtigen gegründet hatte, einer in der Arbeitnehmerschaft, in Communities und an der lokalen Basis verankerten anti-neoliberalen Koalition gegenüber.

#### Bei Nichols lesen wir weiter:

Die Wut über Emanuels Politik und über seine Vorgehensweise wurde so groß, dass Karen Lewis, die Vorsitzende der Chicago Teachers Union, sich noch 2013 darauf vorzubereiten begann, Emanuel bei den nächsten Wahlen herauszufordern. Die Meinungsumfragen zeigten, dass sie ihn schlagen könnte. Als Lewis im letzten Herbst [2014] erkrankte und ihre Kandidatur absagte, erklärte Emanuel, nun sei das 'smart money' wieder gesichert. Doch Lewis und andere konnten García – früher Stadtratsmitglied, Abgeordneter im Landesparlament und den Gewerkschaften eng verbunden – dazu bewegen, seinerseits zu kandidieren.<sup>6</sup>

Und García war nicht irgendein Kandidat. Zwar war sein Bekanntheitsgrad zunächst gering, aber er kannte sich in Chicagos Politik bestens aus. Ältere Aktivisten erinnern sich an seine radikalen Anfänge im Mexikanerviertel Little Village. In der Wahlpolitik engagierte er sich als entschiedener Gegner des Parteiapparats, an dessen Spitze damals der langjährige Bürgermeister Richard J. Daley stand (der von 1955 bis zu seinem Tod 1976 amtierte). 1983 unterstützte García den Wahlkampf Harold Washingtons, des dann ersten afroamerikanischen Bürgermeisters, und trug dazu bei, in der am stärksten von der Rassentrennung geprägten Stadtregion des Landes ein multiethnisches Bündnis zu schaffen. Selbst als Washington kurz nach seiner Wiederwahl plötzlich starb, blieb García dessen Administration loyal verbunden. Andere Anhänger Washingtons gerieten wieder in den Dunstkreis des Parteiapparats, und schon bald konnte Daleys Sohn Richard M. das Rathaus zurückerobern. García saß bis 1998 im Rat der Stadt und im Senat von Illinois. Anschließend wandte er sich wieder dem Community-Organizing in Little Village zu und kandidierte dann für einen Sitz im Board of Commissioners – der Exekutive – von Cook County, den er gewann.

Garcías – von der CTU initiierte – Primary-Kampagne zu den Bürgermeisterwahlen 2015 ging folgerichtig aus dem Streik gegen Emanuels Schulpolitik hervor. Für Menschen mit einem Sinn für Geschichte war die Wahl Garcías logisch – in seiner Person verbanden sich heutige Bewegungen mit der Ära Harold Washingtons. Im Erfolgsfall würde García der erste Latino-Bürgermeister Chicagos sein, und nie zuvor hatte jemand mit so engen Verbindungen zu einer Gewerkschaft sich ins Kandidatenrennen begeben.

Es kam seiner Kampagne zugute, dass soziale Bewegungen über rassische und ethnische Grenzen hinweg vermehrt zusammenarbeiteten. Amisha Patel, ein führender Kopf der Grassroots-Initiative und des Bündnisses "Reclaim Chicago" (frei übersetzt: "Wir wollen unsere Stadt zurückhaben" oder "Holt Chicago zurück") beschreibt, wie dies vor sich ging:

Von der Besetzung der Firma Republic Windows and Doors durch einfache Arbeiter bis zur Besetzung von Schulen und von Einrichtungen für psychisch Kranke in den Vierteln schwarzer und brauner Communities, die Emanuel hatte schließen lassen; vom Streik der Chicago Teachers Union 2012 bis zu wirkungsvollen Aktionen gegen die Bank der Chicago Mercantile Exchange und die LaSalle-Bank [in der South LaSalle Street 135]; von der Organisation radikaler jugendlicher Immigranten gegen Abschiebungen und Xenophobie bis zur #BlackLivesMatter-Bewegung – Community-Organizer und Gewerkschafter haben einen klaren, eskalierenden Kampf gegen die Konzernagenda geführt. [...]

In unserer Bündnisarbeit haben wir gesehen, welche Kraft Organizing entwickeln kann, wenn es sich nicht auf eine single issue, ein spezifisches

<sup>6</sup> Nichols, A.a.O.



Kampagnenthema beschränkt, sondern langfristige Zusammenarbeit anstrebt, die auf Übereinstimmung in der Analyse basiert. Unter dem Banner "Take Back Chicago" haben sich Dutzende von Organisationen zusammengetan und nun schon einige Jahre lang Kampagnen zu einer Vielzahl von Themen durchgeführt. Mit führenden Aktivisten aus Basisinitiativen haben wir gründliche politische Bildungsarbeit gemacht und erreicht, dass Organisationen aus allen Teilen der Stadt jetzt Single-issue-Kampagnen mit anderen Augen sehen. [...]

So haben Organisationen mit klaren politischen Vorstellungen und der Bereitschaft, echte Risiken einzugehen, zum Heranwachsen einer Basisbewegung beigetragen, die einen Umbruch erstrebt; und langfristig angelegte Bündnisse, die sich auf übereinstimmende Einschätzungen stützen (und nicht lediglich über eine befristete Aktion oder Ein-Punkt-Bewegung einig sind), bestärkten die Organisationen darin, sich für eine breitere Bewegung mitverantwortlich zu fühlen.<sup>7</sup>

Die García-Kampagne widmete der Schaffung eines vereinigten Latino-Stimmenblocks große Aufmerksamkeit. Manche Latinos arbeiteten für den Parteiapparat, aber in der Regel fühlten die Leute sich eher der jeweiligen ethnischen Majorität in ihren Vierteln verbunden. Harold Washington hatte diese Konstellation aufgebrochen, indem er sich mit mexikanischen und puertorikanischen Führern und Community-Gruppen verbündete. García verfolgte die gleiche Methode und konnte die diversen Spanisch sprechenden Wählergruppen überall in der Stadt mobilisieren. Das führte beim Kampf um die Stadtratssitze zu einigen Überraschungen und bedeutete einen wichtigen Fortschritt mit landesweiten Auswirkungen: Die (aus vielen Nationalitäten kommenden) Latino-Wähler stimmten so gut wie geschlossen gegen Kandidaten des Parteiapparats, die zu ihrer Wiederwahl antraten. In der Stichwahl erhielt García 70 Prozent der Latino-Stimmen.

Ein Faktor, der Garcías Sieg verhinderte, waren Spannungen zwischen Latinos und Afro-

amerikanern. Emanuel hatte, als er zum ersten Mal antrat, die Unterstützung Obamas, und die Loyalität zu diesem Präsidenten wiegt, ob aus Lokalstolz oder aus *Black Pride* erwachsen, in Chicago schwer. Der Obama-Bonus für Emanuel war zwar bis 2015 geschrumpft, aber noch nicht aufgezehrt. Obgleich wichtige schwarze Kirchen- und Politikgrößen García unterstützten, entschied die Mehrheit der Schwarzen sich doch, entweder für Emanuel zu stimmen oder in Deckung zu bleiben. (Die Rachsucht des Bürgermeisters ist nur zu bekannt.) So konnte Emanuel die schwarzen Stimmen im Verhältnis 57 zu 43 Prozent für sich verbuchen.

Ethnische Rivalitäten im Kampf um Arbeitsplätze und Protektion sind ein ernst zu nehmender Spaltungsfaktor, den manche Repräsentanten des Parteiapparats sich durch Flüsterkampagnen und unfreundliche Anspielungen unter der Hand zunutze machen. So waren diesmal in einer Stadt, in der die Gewerkschaftsführer die Amtierenden normalerweise unbesehen durchwinken, auch die Gewerkschaften gespalten. Zunächst tanzte eine wichtige Gewerkschaftssektion – SEIU Healthcare – aus der Reihe und unterstützte Chuy, woraufhin schließlich der gesamte SEIU-Bezirk seine neutrale Haltung aufgab und mitmachte. Auch die nationale Lehrergewerkschaft AFT vollzog den Schwenk mit, doch UNITE HERE, die unter anderen Hotelbeschäftigte vertritt, optierte für Emanuel. Diese Gewerkschaft versuchte den Populismus der Chuy-Kampagne durch eine bizarre Anzeigenserie zu konterkarieren, die unter der Überschrift "Rahm Love" Emanuel als Liebling des Volkes porträtierte. Da der Bürgermeister allerdings allgemein eher mit Mr. Burns von den Simpsons als mit einem Volkshelden verglichen wird, wurde die Serie bald eingestellt.

García führte seinen Wahlkampf nicht mit einem ausgeprägt linken Programm. Er konzentrierte sein Feuer auf einige der besonders unpopulären Maßnahmen Emanuels, etwa die Schulschließungen und die Kameraüber-

<sup>7 &</sup>quot;How Chicago's Grassroots Movements Defeated Rahm Emanuel at the Polls", in: "In These Times", 5.3.2015.



wachung an Verkehrsampeln. In den wenigen konkreten Finanzierungsplänen, die er vorlegte, vermied García es, die Macht der Konzerne ins Visier zu nehmen. Auch das Thema Polizeiübergriffe umschiffte er, und auf die öffentliche Beunruhigung über ausufernde Waffengewalt in bestimmten Wohnbezirken reagierte er mit der Forderung, 1000 zusätzliche Polizisten einzustellen. Aber seine community- und lehrerfreundliche Einstellung stand außer Zweifel, desgleichen sein Eintreten für eine gewählte (also nicht vom Bürgermeister bestimmte) Schulverwaltung.

Die Aufschlüsselung der Wahlresultate spricht für sich. Die Wahlbeteiligung war trotz der Heftigkeit des Wahlkampfes schwach. In überwiegend schwarzen Vierteln fiel sie besonders niedrig aus. David Moberg schreibt dazu:

In Stimmbezirken mit Haushaltseinkommen unter 39 999 Dollar jährlich schlug Emanuel García gerade mal mit 51 zu 49 Prozent und in Bezirken, deren Wähler über ein Haushaltseinkommen von 40 000 bis 99 999 Dollar p.a. verfügen, mit 56 zu 44. Dagegen gewann er in Bezirken mit einem durchschnittlichen Haushaltseinkommen von 100 000 Dollar und mehr p.a. mit 71 zu 29 Prozent. Es gab eine klare Klassenspaltung, aber auch wenn nur die Working Poor zur Wahl gegangen wären, hätte García nicht gewonnen.

Schaut man sich die geographische Verteilung der Stimmen an, so zeigt sich, dass García in den Latino-Gebieten am besten abschnitt. In den fünf Stadtbezirken mit der höchsten Latino-Konzentration holte er 70 Prozent der Stimmen. Gute Ergebnisse erzielte er auch in einigen 'ethnisch weißen' Arbeiterbezirken und solchen, in denen viele erst kürzlich Immigrierte wohnen (wie überhaupt in den unterschiedlichsten Milieus), und in manchen bei jungen Leuten beliebten Vierteln. Die Stimmen der unter 30Jährigen holte García im Verhältnis 57 zu 43 Prozent, verlor aber die der Älteren. Emanuel gewann die weißen Wähler mit 64 zu 36 Prozent, wobei sich diese Stimmen allerdings in den nördlichen Seeufergebieten sowie der äußeren Northwest Side und damit in den wohlhabendsten Bezirken konzentrierten.8

In Kampf um die Stadtratssitze begünstigte die Klassenspaltung in einigen Fällen Emanuels Kontrahenten. Von den 18 Sitzen, über die erst die Stichwahl entschied, gingen neun an Widersacher des Bürgermeisters. Alle Mitglieder des Progressive Caucus im Stadtrat wurden wiedergewählt, und neue kamen hinzu. Auch wenn die Mehrzahl der insgesamt 50 Stadtbezirke immer noch von Getreuen des Parteiapparats vertreten wird, bedeutete die Kräfteverschiebung doch einen für Chicago ganz ungewöhnlichen, wenn nicht gar einzigartigen Vorgang. Allein schon die Tatsache, dass so viele bisherige Ratsmitglieder sich einer Stichwahl stellen mussten, war außergewöhnlich. Emanuels Leute verfügten über Finanzpolster, von denen ihre Herausforderer nur träumen konnten. Der Aufschwung der Progressiven hängt eng damit zusammen, dass Eltern, deren Kinder öffentliche Schulen besuchen, sich zusammentaten und ebenso wie einige Gewerkschaften beschlossen, ihre Unterstützung von Reformprogrammen der Kandidaten und ihrer Unabhängigkeit vom Unternehmerlager abhängig zu machen, nicht aber davon, ob sie mit ihren Beziehungen zu etablierten Apparaten und deren Einflussmöglichkeiten hausieren gingen.

In der Zeit nach den Stichwahlen kamen Community-Gruppen, die sich an den García- und Anti-Emanuel-Kampagnen beteiligt hatten, zusammen und schmiedeten Pläne für die Schaffung dauerhafter politischer Organisationsformen in ihren jeweiligen Einzugsgebieten. Curtis Black, ein erfahrener politischer Berichterstatter, beschreibt diese Aktivitäten im Kielwasser des Wahlkampfs so:

United Working Families prüft, wie es heißt, die Schaffung von IPOs [Independent Political Organizations] in mehreren Stadtbezirken, darunter einigen, in denen Mitglieder der Chicago Teachers Union sich gut geschlagen haben. Und Carlos Rodriguez-Rosa, frisch gewähltes Stadtratsmit-

Against the 'Money Machine', in: "In These Times", 10.4.2015.



glied, hat die Schaffung eines IPO im 35. Bezirk angekündigt.

Wenn genügend solcher Gruppen zustande kommen, könnte die Lage in vier Jahren erheblich anders aussehen, und angesichts eines neuen – aus einer Wahl, in der Emanuel und seine Leute nicht sonderlich eindrucksvoll wirkten, hervorgegangenen – Stadtrats könnte die Organisations- und Beratungstätigkeit dieser Gruppen auch schon in der Zwischenzeit manches verändern.<sup>9</sup>

Das ist wohl auch der Grund dafür, dass Emanuel in den letzten Wochen des Wahlkampfs populistische Töne anschlug. Und obwohl er noch einmal gewann, begannen nationale Größen der Demokraten unmittelbar nach der Chicagoer Stichwahl mit Versuchen, die Partei als populistische Alternative neu zu profilieren.

Chicago steht jetzt irgendwo zwischen zugrunde gerichteten Städten wie Detroit einerseits und solchen, die wie New York oder San Francisco unter Überentwicklung und Turbo-Gentrifizierung leiden. Der Kampf gegen Emanuels neuerliche Angriffe auf den öffentlichen Sektor könnte eine politisch versierte Massenbewegung hervorbringen, die es schafft, beim nächsten Mal, wenn die Stadtgewalten mit den Konsequenzen ihrer schmutzigen Arbeit konfrontiert werden, einen gründlichen Hausputz durchzuführen.

## **Newark, New Jersey**

Der Kampf um die öffentlichen Schulen spielte auch bei der Wahl von Ras Baraka zum Bürgermeister von Newark eine wichtige Rolle. Baraka wird – viel eindeutiger als de Blasio oder García – der radikalen Linken zugerechnet. Er ist der Sohn von Amiri Baraka, einem Marxisten und führendem *Black nationalist*, der in den 70er und 80er Jahren grundlegende Vorarbeit für das Black electoral movement – den Kampf um die Wahlberechtigung und po-

litische Repräsentation der schwarzen Amerikaner – leistete.

Während der ganzen Amtszeit seines Vorgängers Cory Booker hatte Ras Baraka diesen unablässig kritisiert. Tatsächlich kann der Ex-Bürgermeister und heutige Senator Booker geradezu als Bilderbuch-Exemplar einer politischen Klasse gelten, die aus der Black-Empowerment-Bewegung heraus aufstieg, um sich dann dem neoliberalen Drängen auf Stadt-"Entwicklung" anzuschließen. Booker versprach der verarmten Stadt eine Renaissance durch Privatisierung und Leistungskürzungen. Er propagierte wirtschaftlichen und sozialen Aufstieg, doch nach Art der Politik der Clintons und Clintonites lief seine Amtspraxis letztendlich darauf hinaus, noch mehr öffentliches Geld in für private Zwecke locker zu machen.

Newark ist die größte Stadt in New Jersey, aber doch nicht so groß, dass man eine Kriegskasse von Dutzenden Millionen bräuchte, um eine stadtweite Wahlkampagne effektiv organisieren zu können. Baraka war seit Jahren als Community-Größe wohlbekannt und hatte in seiner Laufbahn abwechselnd in städtischen Wahlämtern und als Oberschulrektor gearbeitet. Seine Rolle im öffentlichen Dienst brachte ihn in Gegensatz zu Booker. Zwar war es verfahrenstechnisch gesehen Bookers Nachfolgekandidat, gegen den Baraka antrat, aber die eigentliche Auseinandersetzung galt dem politischen Erbe des bisherigen Bürgermeisters - als einem Paradebeispiel für insider politics. Die Unfähigkeit - oder Gleichgültigkeit -, die Bookers Wahlkampforganisation in der 2014er Kampagne an den Tag legte, unterstreicht die Bedeutung Barakas, eines so unbestechlichen wie tief verwurzelten Oppositionellen, der mit großem Vorsprung siegte. Es war das Volk von Newark, das seine Stimme erhob: Die Menschen wussten, dass sie in einem Dilemma steckten und dass geschniegelte Möchtegern-Retter die Sache nur noch schlimmer gemacht hatten.

<sup>9</sup> Chicago progressives hope to capitalize on April runoff results, in: "Chicago Reporter", 23.4.2015.



Eine nonpartisan election (s.o.) in einer Stadt mit sehr wenigen Republikanern führte dazu, dass der Gegensatz zwischen Baraka und seinem Gegenspieler sich auf ein Thema konzentrierte: den richtigen Umgang mit dem kampflustigen und skandalumwitterten republikanischen Gouverneur Chris Christie. Stadtväter und Lokalblatt – der "Star-Ledger" – warnten vor Baraka, weil der ein "protester-in-chief" sein und die Verantwortlichen im Staat New Jersey, dessen Mittel dringend benötigt würden, vergraulen könnte. Sein Wahlerfolg - erzielt hauptsächlich mit den Stimmen der schwarzen Arbeiterschaft Newarks - stellte klar, dass die Mehrheit lieber kämpfen als um Christies Wohlwollen buhlen möchte, auch wenn das dazu führen sollte, dass der rachsüchtige Gouverneur die Stadt vernachlässigt. Die Wähler, hieß das, betrachteten Christie als Gegner - nicht nur als Hindernis.

Finanziell wurde die Wahlschlacht wie in Chicago zwischen Privatwirtschaft und Gewerkschaften ausgefochten. Baraka erhielt Gewerkschaftsspenden in Höhe von 500 000 Dollar, während die Kriegskasse seines Gegenspielers ganz überwiegend von drei Familien mit Wall-Street-Verbindungen und einem großen Wirtschaftsanwalt gefüllt wurde.

Eine weitere Parallele zum Fall Chicago besteht darin, dass Baraka wie García starke Unterstützung aus der organisierten Lehrerschaft öffentlicher Schulen erhielt. 2010 hatten Booker und Christie verkündet, Newarks Schulsystem durch einen von Facebook-Chef Mark Zuckerberg gesponserten Plan retten zu wollen. Die Umsetzung des vom Staat New Jersey betriebenen, "One Newark" genannten Systems oblag einem von Christie ernannten Beamten. Baraka bekämpfte in seiner 2014er Wahlkampagne das "One-Newark"-System und den Superintendenten des Newarker Schulsystems, den er allerdings nicht entlassen oder ablösen kann, auf das Schärfste. In der "Washington Post" berichtete Lyndsey Layton darüber so:

Der Plan [One Newark], der im laufenden Schuljahr [2014-15] voll wirksam wurde, hat das alte System weitgehend zerstört. Er beseitigte Wohngebietsschulen zugunsten einer stadtweiten Lotterie mit dem Ziel, den Eltern mehr Optionen zu eröffnen. In der Folge wurden massenhaft Schulleiter und Lehrer entlassen sowie zahlreiche Schulen geschlossen, während die Stadt sich jetzt erheblich stärker als zuvor auf Charter Schools verließ, die öffentlich finanziert, aber privat betrieben werden.

Der Widerstand gegen den Booker/Christie-Schulplan wurde von der Lehrergewerkschaft, die Christie seit langem bekämpft, angeführt. Sie investierte Hunderttausende von Dollars in den letztjährigen Bürgermeisterwahlkampf und trug dazu bei, dass Baraka einen Kampf gewann, der einem Referendum über One Newark glich.

Doch in den vergangenen Monaten sind die Reihen der Widerständigen weiter gewachsen. Führende Persönlichkeiten der Stadt, Mitglieder des Abgeordnetenhauses von New Jersey, Pastoren, Bürgerrechtler, Eltern und Community-Aktivisten engagieren sich. Selbst ehemalige Verfechter von ,One Newark', darunter einige Philantropen und Betreiber von Charter Schools, rücken von diesem System ab.10

Der Plan "One Newark" hat auch eine kämpferische Schülerbewegung ausgelöst, die Baraka anerkannte und unterstützte.

Gouverneur Christie wird sich allerdings nicht so ohne Weiteres von seinem Entrechtungsund Privatisierungs-blitzkrieg abbringen lassen. Baraka hat deshalb ein Bündnis mit den Verwaltungen zweier anderer wichtiger Städte New Jerseys geschlossen, Jersey City und Paterson. Die drei Städte wollen ihre kargen Mittel zusammenlegen, um Kriminalitätsbekämpfung, Fragen der Lebensqualität und die hohen Kosten kommunaler Einrichtungen und Leistungen gemeinsam zu bewältigen und die Staatsregierung in Trenton zu umgehen. Des Weiteren hat Baraka einen zivilen Überprüfungsausschuss

<sup>10</sup> Lyndsey Layton, Chris Christie's bold plan to remake public schools is running into trouble, in: "Washington Post", 3.3.2015.



gebildet, der Vorladungen ergehen lassen kann, um Beschwerden über polizeiliches Fehlverhalten nachzugehen. Zu den Ausschussmitgliedern werden Vertreter der American Civil Liberties Union (ACLU), der National Association for the Advancement of Colored People (NAACP), der People's Organization for Progress, der Ironbound Community Corporation und von La Casa de Don Pedro gehören.

Was Baraka organisatorisch abgehen mag, macht er durch seine direkten Communityund Gewerkschaftskontakte wett. Er wird sein Bündnis mit anderen Gemeinden und Städten verbreitern müssen, um mit diesen gemeinsam mit leeren Staatskassen, einem taumelnden Gouverneur und einem fest verschanzten landesweiten Parteiapparat der Demokraten fertig zu werden.

## Jackson, Mississippi

Chokwe Lumumba starb am 25. Februar 2014, nur acht Monate, nachdem er zum Bürgermeister von Jackson (Mississippi) gewählt worden war. Seinem Sohn, Chokwe Antar Lumumba, gelang es in der daraufhin anberaumten außerordentlichen Bürgermeisterwahl nicht, dem Vater im Amt nachzufolgen. Nichtsdestotrotz hinterlassen die Wahlkampagne des älteren Lumumba und seine kurze Amtszeit ein exemplarisches Erbe, und seine Anhänger knüpfen dort an, wo dessen Administration ihre Arbeit einstellen musste.

Wie Baraka hatte Lumumba eine sagenumwobene Vorgeschichte, die bis auf die frühen 1970er Jahre, auf die revolutionäre Strömung des *Black nationalism* zurückgeht. Die Republic of New Africa (RNA) genannte Bewegung konkurrierte mit der Black Panther Party, konzentrierte sich aber auf das Ziel nationaler Unabhängigkeit für die am dichtesten von Afroamerikanern besiedelten Gebiete im *Deep South*, dem tiefen Süden der Vereinigten Staaten. Nach Jahren harter staatlicher Repression gegen die RNA bildete Lumumba zum Schutz der Bewegung die New Afrikan People's Organization (NAPO) und ihre Massenorganisation, die Malcolm X Grassroots Movement (MXGM) mit Sitz in Jackson, der Stadt mit der zweitstärksten Konzentration afroamerikanischer Einwohner im ganzen Lande.

Lumumbas Wahlkampf kamen einerseits die Popularität des Kandidaten in Jackson und andererseits ein wohlorganisierter Kern von Aktivisten zugute, die sich bemühten, Menschen über Klassengrenzen hinweg zusammenzubringen. Als Demokrat in einer nonpartisan election angetreten schlug Lumumba zunächst den Amtsinhaber, Jacksons ersten afroamerikanischen Bürgermeister, und dann in der Stichwahl auch den Zweitplazierten, einen von republikanischer Seite unterstützten schwarzen Geschäftsmann, obwohl dieser sich einer überwältigend großen Medienpräsenz erfreuen konnte.

War schon die Wahl als solche phänomenal, so erst recht das Vorhaben, die politischen Verhältnisse in einer Stadt wie Jackson grundlegend zu ändern. Einer der ersten Schritte Lumumbas bestand in der Einführung einer neuen Umsatzsteuer in Höhe von 1 Prozent. womit er beide Optionen verwarf, vor denen die meisten Städte stehen: entweder die Infrastruktur verrotten zu lassen, oder den Städtebau dem Privatsektor zu überlassen, mit der Folge, dass dieser Arbeiter und Angestellte durch Mietsteigerungen aus ihren Wohnungen vertreibt. Unmittelbar nach der Wahl legte die neue Stadtregierung ihr Programm, das Jackson Rising Policy Statement, vor, mit dessen Verbreitung sie ihrer Wählerbasis und allen Einwohnern Jacksons dokumentieren wollte, dass sie ihre Rechenschaftspflichtigkeit ernst nimmt.

NAPO und MXGM organisierten schon bald eine Volksversammlung in Jacksons 2. Bezirk, auf der sie die Grundlagen für dieses Pro-



gramm entwickelten. Einer der wichtigsten Organisatoren der Lumumba-Wahlkampagne und von Cooperation Jackson – eines Büdnisses mit dem Ziel, kooperativwirtschaftliche Betriebe und partizipatorische Demokratie bis ins Herz des "Black Belt" zu tragen – war Kali Akuno. Dieser schreibt in einer Studie über Chokwe Lumumba und den Kampf für Rassengerechtigkeit und Wirtschaftsdemokratie in Jackson: Zum Erbe der Lumumba-Administration gehöre die "Einführung von Praktiken der partizipatorischen Demokratie in der Stadtverwaltung." Dies erfolge dadurch, dass es

"dem Stadtrat ermöglicht wird, an allen Planungssitzungen der Fachressorts aktiv teilzunehmen und in haushaltspolitischen Beratungen unmittelbar mitzuwirken, und dadurch, dass wöchentlich Einzelgespräche mit jedem der Ratsmitglieder stattfinden. [...] Aus zwei wichtigen Anlässen organisierte die Stadtverwaltung Verfahren, in denen die breite Öffentlichkeit über wesentliche Fragen entscheiden konnte – sowohl als Versuch, massenhafte Unterstützung zu mobilisieren, wie auch als Beitrag zur Schaffung einer öffentlichen Kultur partizipatorischer Mitwirkung, als Bestandteil des politischen Projekts, die amerikanische Demokratie zu demokratisieren'.¹¹¹

Dass die Arbeit in Jackson auch nach Lumumbas Tod fortgeführt wird, ist nicht nur für den Süden von großer Bedeutung, sondern für jede der Regionen, in denen die schwarze Bevölkerung die weiße zahlenmäßig zunehmend übertrifft. Die Tea Party hat den Republikanern in dieser Hinsicht die Hände gebunden und verhindert, dass diese irgendeinen auch nur halbwegs glaubwürdigen Kandidaten unterstützen können. Eine kleine, aber wichtige Anzahl von Weißen hat zu Lumumbas Vorsprung beigetragen, und seine Wahlkampagne schuf Verbindungen zur Einwandererrechte-Bewegung, die vor allem die Latino-Bevölkerung erreicht. Die durch antigewerkschaftliche Gesetze bedrängten örtlichen Gewerkschaften schließlich sahen in Lumumba einen der wenigen Verbündeten, die sie unter gewählten Amtsträgern finden.

Jacksons Volksversammlung fungiert(e) als Bindeglied zwischen wahlorientierter Arbeit und fortgesetzten sozialen Aktivitäten sowie zugleich als Rückgrat des Kampfes um echte Demokratie. Akuno schreibt dazu:

Gegenwärtig changiert die Arbeit der Jackson People's Assembly zwischen den Funktionen einer verfassunggebenden Versammlung und einer Massenversammlung. Eine verfassunggebende Versammlung ist ein Repräsentativgremium, keine direktdemokratische Körperschaft der Bevölkerung in ihrer Gesamtheit. [...] In Krisenzeiten jedoch tendiert die Assembly dazu, eher Massencharakter anzunehmen, so etwa nach dem Ableben von Bürgermeister Lumumba Ende Februar 2014, zur Verteidigung der (von der Assembly ausgearbeiteten) People's Platform und vieler der Vorstöße, die die Lumumba-Administration zu deren Umsetzung unternahm. Festzuhalten ist jedenfalls, dass, obwohl die derzeitige Praxis in Jackson eher dem Modell einer Konstitutive zuneigt, das Ziel bleibt, die Assembly zu einer permanenten Massenversammlung zu entwickeln.<sup>12</sup>

Akuno zufolge hat die Basis der Kampagne also begonnen, sich mit der Frage nach der eigentlichen Stoßrichtung ihrer politischen Arbeit zu befassen. Die Unterscheidung zwischen einem aus Delegierten bestehenden Repräsentativgremium und einer Versammlung, in der die Massen unmittelbar entscheiden, spiegelt sich in der Frage, ob es eher um die Unterstützung von Kandidaten oder um die Schaffung doppelter Machtstrukturen – "dual power" – gehen soll. Die Jacksoner Initiative hat das Ziel, Formen direkter Demokratie jenseits der Rituale und Institutionen herkömmlicher Wahlkampagnen und Repräsentativgremien zu entwickeln.

Eine derartige Diskussion ist offenkundig weit von dem entfernt, was wahlpolitisch auf lokaler Ebene normalerweise erörtert wird. Solche Fragen beschäftigen gewöhnlich kleine

<sup>11</sup> Kali Akuno, Casting Shadows: Chokwe Lumumba and the Struggle for Racial Justice and Economic Democracy in Jackson, Mississippi, RLS-NYC-Studie, 2015, S.6, www.rosalux-nyc.org.

<sup>12</sup> Ebd., S. 9.



intellektuelle Zirkel, nicht aber breit angelegte Wahlbewegungen. Was in Jackson geschieht, ist im Wesentlichen das Ergebnis jahrzehntelanger beharrlicher Anstrengungen auf den Gebieten der Wählerregistrierung, Mobilisierung, Kampagnenführung und Regierungs- bzw. Verwaltungspraxis - ein Prozess, der mit der "Reconstruction", dem dann von der Bürgerrechtsbewegung fortgesetzten Ringen um die politischen und sozialen Rechte der Schwarzen, begann. Auf der nationalen Ebene gibt es kaum einen Politiker, der begreift, was diese Entwicklung bedeutet, deren Verständnis selbst den meisten linken Aktivisten schwer fällt. Doch sie deutet - sozusagen noch unterhalb der Wahrnehmungsschwelle der großen Politik – auf beträchtliche Veränderungen im Politikverständnis der Menschen hin, in ihrer Sicht auf politisches Handeln und Demokratie.

Der "Black Belt" in den Südstaaten ist seit langem ein Schlachtfeld im Kampf um die demokratischen Rechte der Afroamerikaner und der Werktätigen generell. Seit dem rassisch motivierten Massaker, das sich jüngst in einer Kirche in Charleston (South Carolina) ereignete, zeichnet sich immer deutlicher ein Showdown zwischen Gegnern und Verfechtern der "White Supremacy" - weißer Vorherrschaft ab. Das Verschwinden der Lumumba-Administration in Jackson bedeutete einen schweren Rückschlag. Doch mit dem Aufschwung eines kulturellen Widerstands – gegen Symbole aus der Südstaatengeschichte wie die Konföderiertenflagge und andere Traditionen, die mit der Terrorperiode nach dem Ende der "Reconstruction" aufgekommen waren - scheint ein analoger Showdown auf politischer Ebene unvermeidlich zu werden, ja kurz bevorzustehen. Lumumbas Vorarbeit dürfte Wirkung zeigen.

## Richmond, Kalifornien

Im Jahre 2006 wurde Gayle McLaughlin erstmals zur Bürgermeisterin von Richmond (Kalifornien) gewählt. Seit 2004 hatte sie dem Stadtrat als Abgeordnete der Grünen Partei angehört, und ein Jahr zuvor war die Richmond Progressive Alliance geschaffen worden. Diese und künftige Erfolge haben eine über zehnjährige Geschichte sorgfältiger Organisierungsund Bündnispolitik zum Hintergrund.

Richmond, das 104 000 Einwohner zählt, ist eine Arbeiterstadt in der – rapider Gentrifizierung ausgesetzten – San Francisco Bay Area. Es ist eine Hochburg von Chevron Oil, dem wichtigsten Arbeitgeber der Stadt, aber auch eine Stadt der Gewerkschaften und von der in San Francisco, Oakland und Berkeley blühenden politischen Kultur der Linken nicht unberührt geblieben. Vor allem die afroamerikanische und die Latino-Bevölkerung ist von der galoppierenden Umweltverschmutzung und den tödlichen Risiken, die von der Chevron-Raffinerie ausgehen, unmittelbar betroffen.

Die Richmond Progressive Alliance (RPA) entstand 2002 in der Folge einer Polizeiattacke auf Andres Soto, einen örtlichen Aktivisten, und seine Familie bei der Cinco-de-Mayo-Feier [die an einen mexikanischen Sieg über französische Truppen am 5. Mai 1862 erinnert – d. Übs.]. Soto und eine Hand voll weiterer Aktivisten beschlossen, ihre Mittel und ihre Erfahrungen zusammenzuwerfen, um eine fortschrittliche Widerstandsbewegung von unten in Gang zu bringen. Den Polizeichef konnten sie zu Fall bringen, indem sie seine Betrügereien öffentlich machten, und danach nahmen sie sich den City-Manager vor. Doch bald erkannten sie, dass öffentlicher Widerstand gegen die unsichtbare Hand von Chevron Oil politischer Sprengstoff war, der nur aufein Zündholzwartete. Die RPA machte sich mit einem ausschließlich aus Freiwilligen bestehenden Mitarbeiterkreis an die Arbeit und verpflichtete sich, auf Firmenspenden grundsätzlich zu verzichten.

2004 bewarben sich dann Soto und Gayle McLaughlin um Stadtratssitze. Während Soto



auf erbitterten Widerstand stieß, konnte die weniger bekannte McLaughlin sich durchsetzen. Zwei Jahre später konnte sie in einem Dreier-Rennen um das Bürgermeisteramt den Amtsinhaber besiegen, was ihr 2010 erneut gelang, diesmal in einem noch erbitterteren Dreier-Showdown. Die RPA eroberte das Rathaus zurück und gewann zwei Ratssitze hinzu, während sie gleichzeitig um den Ausbau ihrer Organisation und Basis kämpfte, um einem gewaltigen Gegner, der über unbegrenzte Mittel verfügt, entgegentreten zu können. Im "East Bay Express" lesen wir dazu von John Geluardi:

Unter der Führung von Bürgermeisterin Gayle McLaughlin hat sich der Stadtrat von Richmond mit der Chevron-Raffinerie angelegt, der größten Steuerzahlerin der Stadt und größten Umweltverschmutzerin der Region. Ihr werden die Nichtzahlung von Steuern, wiederholte Betriebsunfälle und gefährliche Arbeitsbedingungen, mangelnde Bereitschaft zu Betriebsinspektionen und schlecht geplante Modernisierungsmaßnahmen vorgeworfen. Auch gegen Softdrink-Hersteller, die Pacific Gas and Electricity Company (PG&E), Kasinobetreiber und jüngst gegen Wall-Street-Banken – als bislang womöglich mächtigsten Feind – hat der Rat Stellung bezogen. 13

Die RPA-Erfolge erzürnten außer Chevron auch Bauland-Erschließer und das Baugewerbe. Trotz der ausgeprägten Gewerkschaftsorientierung der RPA stellten der von der Bauarbeitergewerkschaft dominierte Central Labor Council sowie die Gewerkschaften der Polizei und der Feuerwehr sich gegen sie.

Andere Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes unterstützten die RPA, Communityund Umweltgruppen desgleichen. Zwischen den Wahlen bemühte das Bündnis sich, teils gemeinsam mit anderen Kräften, die Umweltverschmutzung durch die Raffinerie zu bekämpfen, Einwanderer ohne Papiere durch die Abschaffung von ID-Checkpoints zu schützen und Arbeitsplätze im Baugewerbe zu schaffen, indem es die Lawrence Berkeley National Labs dafür gewann, in Richmond einen neuen Campus zu errichten. Partner waren auch Gruppen, die mit entlassenen Strafgefangenen arbeiten, sowie andere, die sich für Municipal IDs – von der Stadt ausgestellte Personalpapiere – einsetzen, und wieder andere, die giftige Emissionen bekämpfen, um Richmonds Umwelt sauberer zu machen.

#### Geluardi fährt fort:

Richmond traf es besonders hart, als 2008 die Immobilienblase platzte. [...] In vielen Fällen sind Wohnungseigentümer mit Hypotheken in doppelter Höhe des Wohnungswerts belastet. Massenhafte Zwangsvollstreckungen in Richmond haben eine breite Schneise der Verödung durch die Arbeiterviertel der Stadt geschlagen, was den Wohnungswert dort noch weiter beeinträchtigt. [...]

Während das Wall Street Journal, Reuters, Bloomberg Business Week, San Francisco Chronicle und Contra Costa Times allesamt den Richmond-Plan attackierten [...], versammelten sich bei einer Stadtratssitzung kürzlich über hundert Menschen auf der Civic Center Plaza der Stadt, schwenkten Transparente, schlugen Trommeln und sangen Lieder zur Unterstützung des Plans. 14

Die organisierte Unterstützung für die Richmond Progressive Alliance – eine regelrechte Front aus sozialen Bewegungen der working class und Anti-Konzernmacht-Aktivisten – geht einher mit gut koordiniertem Klinkenputzen überall in der Stadt. Bei diesen Kampagnen werden sorgfältig ausgearbeitete Materialien benutzt, die die RPA-Ziele gründlich erläutern, und die Aktivisten sind gut darauf vorbereitet, Wähler anzusprechen und Fragen zu beantworten. Auf den Punkt gebracht, besteht eben hierin die Grundlage für die RPA-Siegesbilanz.

Bei den Wahlen im Jahr 2012 geriet die RPA allerdings ins Stolpern. Sie verlor einen Ratssitz und scheiterte mit einem Volksbegehren zur

14 Ebd.

<sup>13</sup> John Geluardi, The New Progressive Leader, in: "East Bay Express", 25.12.2013.



erhöhten Besteuerung des Handels mit Süßgetränken, in das sie viel Arbeit investiert hatte, an der mächtigen Softdrinks-Industrie.

Darin kamen zwei Schwächen der RPA zum Ausdruck. Ihr Verhältnis zu der zahlreichen afroamerikanischen Bevölkerung hat sich nicht zu einer wirklichen Arbeitsbeziehung mit festen Wurzeln entwickelt - und Chevron nutzt diese Schwäche immer wieder nach Kräften aus. Die Sodasteuer war ein Versuch, ein echtes Problem der Community zu lösen, nämlich die infolge der von den Herstellern überzuckerten Getränke verbreitete Fettleibigkeit. Zu spät wurde der RPA klar, dass sie mit ihrer Aufforderung an die Wähler, eine Sodasteuer zu unterstützen, Kunden gegen Kaufleute, insbesondere gegen von der Steuer betroffene schwarze Ladenbesitzer, in Stellung brachte. Das ließ die RPA wie eine Kraft aussehen, die sich von außen in Community-Angelegenheiten einmischt, was schwarze Politiker im Solde der Chevron Oil dazu nutzten, das Bündnis zu isolieren.

2014 schaffte die RPA ein kämpferisches Comeback. Diesmal gewann mit ihrer massiven Unterstützung Tom Butt, ein populärer unabhängiger Ratsherr, die Bürgermeisterwahl mit einem 16-Punkte-Vorsprung vor dem Mann der Chevron Oil. Und im Rat eroberte die RPA eine 6:1-Mehrheit, obwohl Chevron 3,1 Mio. Dollar in seine Wahlkampagne gesteckt und damit die RPA-Ausgaben um das Zwanzigfache übertroffen hatte.

Zwischen etablierten, unternehmerfreundlichen (Links-)Liberalen wie Butt und radikalen Unabhängigen existiert heute, obwohl beide gemeinsam gegen Chevron stehen, ein labiles Gleichgewicht. Die RPA ist sich der Notwendigkeit bewusst, Gegenmacht gegen die Macht des Privatsektors zu mobilisieren – durch wachsende demokratische Aktivität einer immer breiteren Basis aus Community-Gruppen, Gewerkschaften und ungebundenen Kräften.

Beim derzeitigen Stand stellt Richmond – wie fragil die Machtstellung der RPA in der Stadt auch sein mag – San Francisco, Oakland und Berkeley weit in den Schatten, denn dort haben Hightech-Investoren, Makler und Gentrifizierung den linken Widerstand schon fast aufgerieben.

## Seattle, Washington State

Der Wahlsieg Kshama Sawants in Seattle löste linksaußen Begeisterung aus. Sawant hatte sich als erklärte Sozialistin um einen Stadtratssitz beworben. Es gelang ihr, statt ungebundene Jungwähler und ältere Anhänger der Demokratischen Partei zu verschrecken, auch unter diesen Wähler anzuziehen. Das erklärt sich vor allem mit dem politischen Klima im nordwestlichen Küstengebiet, bedeutet aber nichtsdestotrotz für sozialistische Gruppen einen Durchbruch von landesweiter Relevanz. Anders als Bernie Sanders gehört Sawant einer Partei an, der Socialist Alternative. Sie hat sich den Ruf einer Politikerin erarbeitet, die ihre Wahlkampfforderungen tatsächlich einzulösen versucht und die Wähler der Stadt in diesen Prozess unmittelbar einbezieht. Viele führende Unabhängige und Demokraten in Seattle haben ihr wiederholt öffentlich Zustimmung bekundet. Während Sozialisten herkömmlicherweise dazu neigen, Wahlen als "Aufklärungskampagnen" anzulegen, die hauptsächlich auf die Rekrutierung neuer Parteimitglieder zielen, setzt Sawant darüber hinaus auf Sieg.

In der Unterstützung für Sawant schlägt sich der Widerstand gegen den neoliberalen Parteiapparat der Demokraten Seattles nieder, welcher sich 2001 durchgesetzt hatte. Die Hightech-Entwicklung hat die Stadt grundlegend verändert, wobei sich die Polarisierung durch Austeritätspolitik und Reichtumskonzentration schneller als in anderen Städten vollzog. Seattle als die größte Stadt eines Bundesstaates, in dem man unabhängige politische An-



sichten außerordentlich schätzt, hat im Hinblick auf die Legitimierung linker Politik einen Platz in der US-Geschichte. Unabhängigkeit und persönliches Profil zählen in Seattle mehr als Parteizugehörigkeiten. Im Staate Washington sind blanket primaries [bei denen die Wahlberechtigten Bewerber ungeachtet ihrer Parteizugehörigkeit oder -nichtzugehörigkeit als Kandidaten auswählen können] und nonpartisan elections (s.o.) seit jeher üblich. Dies macht unerwartete Resultate möglich.

2012 war Sawant – Ökonomieprofessorin an einem Community College, die sich in ihrer Gewerkschaft engagierte und am Occupy-Camp eines Junior College teilgenommen hatte - erstmals zu einer Wahl angetreten, als Kandidatin der Socialist Initiative für die Washington State Legislature, das Parlament des Staates. Als Write-in-Kandidatin gegen den Vorsitzenden des Abgeordnetenhauses gewann sie zehn Prozent der Primary-Teilnehmer dafür, ihren Namen auf den Stimmzettel zu setzen, genügend, um bei der eigentlichen Wahl kandidieren zu können. Wieder trat sie gegen den Speaker an und erhielt 29 Prozent der Stimmen. Während des Wahlkampfs konfrontierte sie ihren Gegner mit seinem Hauptthema - Wohnungen -, und dies zu einer Zeit, in der überall in Seattle die Mieten explodierten und öffentliches Bauland an private Immobilienentwickler verkauft wurde.

Im November 2013 wurde Sawant dann überraschend in den Rat gewählt und entthronte damit jemanden, der den Sitz 16 Jahre lang innegehabt hatte, obwohl sie nur halb so viel für den Wahlkampf ausgeben konnte wie er. Im gleichen Wahlzyklus kam in der benachbarten Stadt Sea Tac eine Initiative für 15 Dollar Mindestlohn durch (mit einem Vorsprung von weniger als 100 Stimmen), und in Seattle wurde die Gemeindeordnung (Charter) so abgeändert, dass es im Stadtrat – um dem übermäßigen Einfluss von Geschäftsinteressen und auswärtigen Geldern entgegenzuwirken

– neben den Sitzen für die sieben Stadtbezirke fortan zwei *At-large-*Sitze gibt, deren Inhaber die Interessen der Gesamtstadt vertreten sollen.

Sawant entschloss sich gegen einen bauunternehmerfreundlichen Umweltschützer zu kandidieren. Ihr Wahlkamf konzentrierte sich auf die gewerkschaftlich initiierte Kampagne "Kämpft für 15 \$!". Die Stadt reagierte im Mai 2014 mit einem Zehnjahresplan zur Realisierung dieses Mindestlohnsatzes. Weitere Wahlkampfschwerpunkte Sawants waren Forderungen nach einer Millionärssteuer und nach der Einführung der Mietpreisbindung in Seattle. Beides würde allerdings von Gouverneur und Parlament des Staates Washington gebilligt werden müssen. Sawant spricht nicht von der "middle class"; vielmehr zieht sie klare Linien zur Unterscheidung der Klasseninteressen von Kapitalisten und Werktätigen. Inwieweit diese Haltung, die von der üblicherweise von Wirtschaftspopulisten vertretenen abweicht, bei den Wählerinnen und Wählern tatsächlich ankommt, lässt sich zwar nur schwer messen. Doch beruht Sawants Erfolg eindeutig darauf, dass sie als Rebellin bekannt ist, die ihre Ratskollegen zwingt, Verantwortung für das, was sie tun, zu übernehmen.

2015 möchte Sawant als Bezirksvertreterin für ein Gebiet wiedergewählt werden, das auch ihre ursprüngliche Basis von 2013 einschließt, aber eine stärker gemischte Wählerschaft aufweist. Sie wird sich deshalb mit weiteren, von dieser für wichtig gehaltenen Fragen befassen müssen. Zur Einwohnerschaft dieses Bezirks gehören ältere Menschen; Mittelschichten und Reiche; neu zugezogene junge Menschen, darunter Leute aus der Hightech-Branche und entsprechenden Dienstleistungsfirmen; eine etablierte LGBTQ-Community; eine große Gemeinde von Ostafrikanern und in wachsender Zahl vertriebene Arbeiter- und Angestelltenfamilien, insbesondere Afroamerikaner.

Dass sie die Grenze zur "Seriosität" überschrit-



ten hat, hindert Sawant nicht daran, Bündnisse zu schließen und sich im Insider-Sumpf der Stadtpolitik durchzuschlängeln. Nichtsdestotrotz hat sie sich als Außenseiterin positioniert und davon, zumindest fürs Erste, profitiert. Der Bürgermeister und einige Ratsmitglieder haben sie wegen angeblich undiplomatischer Verhaltensweisen und angeblichen Missbrauchs von der Stadt gesponserter Veranstaltungen für Wahlkampfzwecke attackiert. Gegner drohen, sie mundtot zu machen und mit Strafzahlungen zu überziehen, aber angesichts der grundlegenden Wirtschaftsreformen, für die sie kämpft, wirkt dergleichen eher läppisch. Heidi Groover schrieb dazu in "The Stranger", einem mit Sawant verbündeten lokalen Wochenblatt:

Sawant gewinnt sogar, wo sie verliert. Wenn das Establishment sie blockiert, wird sie als Underdog dargestellt, der sich zugunsten der arbeitenden Menschen gegen den tief verschanzten Status quo auflehnt. Siegt sie aber, so ist sie die tüchtige Aktivistin, die den Status quo zwang, etwas zu tun, was er gar nicht tun wollte. 15

Linksgerichtete Vertreter der Demokratischen Partei von Seattle scheinen dem Anerkennung zu zollen oder zumindest zu begrüßen, dass hier ein Heißsporn möglicherweise dazu beiträgt, die weithin geforderten Anti-Austeritäts-Reformen als vergleichsweise gemäßigt erscheinen zu lassen. Das zeigte sich im Mai 2015. Die Parteiorganisationen der Demokraten in vier Wahlbezirken, die sich mit Sawants Stadtezirk überschneiden, entschieden sich, keinen der von der eigenen Parteiführung aufgestellten Opponenten Sawants zu unterstützen. Damit akzeptierten sie implizit Sawants Rolle im Stadtrat. Bemerkenswerterweise waren Sawant sowie Aktivisten der Socialist Alternative bei den Versammlungen, auf denen diese Beschlüsse gefasst wurden, zugegen, auch wenn sie es ablehnt, mit der Demokratischen Partei identifiziert zu werden.

Sawants Präsenz im Rat verschafft den Neo-

liberalen ein Angriffsziel, dem sie nicht widerstehen können – während die Wähler ihr Eintreten für Arbeiterinteressen schätzen. Ihr bevorstehender Wahlkampf ist zugleich Schauplatz einer bedeutsamen politischen Kraftprobe. Die vom Bürgermeister propagierten Kandidaten, besonders diejenigen, die eine Menge Spendengeld von außerhalb ihres Bezirks erhalten, sind ins Licht einer kritischen Öffentlichkeit geraten. Das allgemeine Verlangen nach einem neuen Stadtrat, der von diesem Bürgermeister unabhängig ist, bestimmt - wenngleich nicht in Form einer organisierten Liste - jetzt den Wahlkampfverlauf. Die Verfechter bezahlbaren Wohnraums drängen sechs Stadtratskandidaten, einen progressiven Mehrheitsblock mit Sawant zu bilden.

Sawant könnte auf einen dauerhaften Block aus Demokraten und Unabhängigen hinarbeiten, sie könnte aber auch auf sozialistische Positionen pochen und den Kampf zwischen etablierten Interessenvertretern des Privatsektors und linksliberalen Demokraten sich selbst überlassen. Das ist keine leichte Entscheidung. Zwischen den Träumen marginalisierter Sozialisten und den realen Möglichkeiten, Wahlen zu gewinnen und sich für die Arbeitenden nützlich zu machen, besteht im derzeitigen neoliberalen Klima eine beträchtliche Kluft.

Sawants Partei vertritt eine parteizentrierte Hardcore-Doktrin, die sie leicht in die Bedeutungslosigkeit führen könnte. Andererseits kann es die Linke in einem durch und durch korrupten politischen System ebenfalls, auf andere Weise, irrelevant machen, wenn sie ihre Arbeit darauf beschränkt, um öffentliche Dienstleistungen zu kämpfen und Kompromisse zu schließen. Für den richtigen Kurs gibt es keine Garantie, aber den Wählern und den Verbündeten zuzuhören, ist und bleibt entscheidend wichtig.

<sup>15</sup> The City Council Is So Over Being Nice to Kshama Sawant, in: "The Stranger", 29.4.2015.



# **Die Working Families Party**

Es gibt Parteien - fusion parties -, die weder Bestandteil der Demokratischen Partei sind, noch gänzlich außerhalb stehen. Im Staate New York (NYS) beispielsweise kann eine solche Partei ihre Wahlzulassung erreichen, wenn einer ihrer Kandidaten eine Mindestzahl an Stimmen gewinnt. Das gelingt normalerweise durch Wahlabsprachen mit Kandidaten der "benachbarten" Großpartei, also mit Demokraten respektive Republikanern. In den 1930er und 1940er Jahren bildeten lokale Gewerkschaftsführer und Sozialisten, die den New Deal befürworteten, die American Labor Party. Die ALP unterstützte linksgerichtete und gewerkschaftsfreundliche Demokraten, rief aber auch zur Wahl von Korruptionsgegnern unter den Republikanern wie Fiorello La Guardia oder Thomas Dewey sowie von echten Radikalen wie Vito Marcantonio auf. 1956 machte "Red Scare" – die Angst vor den "Roten" - der ALP den Garaus.

In den 1990er Jahren kam es zu Bemühungen, die korrupte, "unpolitischen" Gewerkschaften verbundene Liberal Party als die größte fusion party im Staate New York zu verdrängen. Verschiedene örtliche Gewerkschaftsführer taten sich zusammen, und im Ergebnis entstand die Workers Families Party (WFP). Wie die ALP trifft sie normalerweise Wahlabsprachen und tritt nur selten als eigenständige Partei an. Aber anders als ALP und Liberal Party unterstützt sie keine Republikaner, zum Teil deshalb, weil alle republikanischen Kandidaten der 2010er Jahre offen gewerkschaftsfeindlich auftreten und weil sowohl die linken Aktivisten ihrer Basis als auch die Gewerkschaften, die die Partei zusammenhalten, um keinen Preis die Zahl der republikanischen Sitze in der New York State Legislature steigern wollen. Der WFP erwuchsen daraus Probleme. Einerseits ist sie in der Wählermobilisierung stark, und da New York State (und besonders New York City) nach wie vor Gewerkschaftsgebiet ist, konnte die Partei ihren Einfluss ausbauen. Andererseits ist ihre Fähigkeit, die Demokratische Partei unter Druck zu setzen, begrenzt, weil sie grundsätzlich nichts mit den Republikanern zu tun haben will, nicht einmal zur Bestrafung der Demokraten, wenn diese die Gewerkschaftsseite ignorieren oder gar angreifen. 1998 schaltete die WFP sich in die Gouverneurswahlen ein und unterstützte einen Kandidaten des Parteiapparats; dieser verlor die Wahl, aber die 50 000 Stimmen, die er von WFP-Anhängern erhielt, gestatteten es der Partei, bei künftigen Wahlen auf NYS-Ebene eigenständig zu kandidieren.

Seither hat die WFP spürbar an Präsenz gewonnen und sich nach Connecticut, New Jersey, Pennsylvania, Maryland, Oregon und in den District of Columbia (Washington) ausgedehnt. Auch bei den Wahlen in einer Reihe weiterer Staaten, in denen sie über keine lokalen Strukturen verfügt, spielt die WFP eine Rolle. Im Laufe der Jahre ist die Partei dort, wo kein Vertreter der Demokratischen Partei kandidiert, verschiedentlich in eigener Regie mit progressiven Kandidaten angetreten. In einigen Fällen hat sie sogar besonders korrupte Demokraten aktiv bekämpft. Im Jahr 2003 beispielsweise trat Letitia James bei der New Yorker Stadtratswahl gegen einen Kandidaten der Demokraten an und gewann den Sitz. Der linksliberale Aufschwung des Jahres 2013 ermöglichte es dann, dass sie in das gesamtstädtische Amt der Ombudsperson gewählt wurde. Schon 2009 hatten Kandidaten, die von der WFP unterstützt wurden, acht Stadtratssitze erobert, so dass die Partei bei der Bildung des Progressive Caucus im NYC-Stadtrat eine wichtige Rolle spielte (vgl. das Kapitel "New York, New York" weiter oben).

2014 kam es zu einer offenen Kollision zwischen Gewerkschaftsführern und Anhängern einer Reformpolitik. Es ging darum, ob die Wiederwahl von Gouverneur Andrew Cuomo unterstützt werden sollte. Zwar hatte Cuomo, ein neoliberaler Demokrat, den Gewerkschaf-



ten des öffentlichen Dienstes gegenüber einen harten Kurs gefahren, aber einige Gewerkschaftsführer, die in der WFP über bestimmenden Einfluss verfügten, fürchteten den Zorn dieses rachsüchtigen, mit einem starken Ego ausgestatteten Politikers. Sie wussten, dass Cuomo mit Sicherheit gewinnen würde, da der republikanische Kandidat wenig bekannt und unterfinanziert war. Und bei der Auszählung der WFP-Stimmen würde offenkundig werden, welchen Gouverneurskandidaten die Partei unterstützt oder nicht unterstützt hatte. Viele WFP-Mitglieder - Wahlkampfhelferinnen und -helfer ebenso wie Parteifunktionäre – überzeugte diese Argumentation nicht. Sie unterstützten statt Cuomo Zephyr Teachout, eine Reformkandidatin, die den amtierenden Gouverneur und seine neoliberale Agenda scharf kritisierte. Als die WFP-Führung dennoch die Unterstützung der Cuomo-Kandidatur durchdrückte, trat Teachout bei der Primary der Demokraten an und erwies sich dabei, sehr zum Ärger Cuomos, als ernst zu nehmender Faktor. Bei der eigentlichen Wahl ließ die WFP-Wählerschaft ihre Partei im Stich, um den Kandidaten der Grünen zu unterstützen. Der WFP trug die Entscheidung der Parteiführung am Ende nichts außer einem verschlechterten ballot status und einer demoralisierten Basis in NYS ein.

Im darauffolgenden Jahr erlebte die Partei eine gewisse Erholung. Im Februar 2015 stellte sie mit dem linksorientierten Edwin Gomes einen eigenen Kandidaten für den Senat des Staates Connecticut auf, der mehrere Mitbewerber, darunter einen Demokraten, aus dem Felde schlug und den Sitz gewann. Das war eine Premiere: Erstmals gelang es der WFP, einen eige-

nen Kandidaten in die State Assembly zu bringen. Im Mai 2015 schaffte es Diana Richardson in die New York State Legislature, wo sie einen Brooklyner Wahlbezirk vertritt. Sie war als WFP-Kandidatin angetreten und stieß bei den Demokraten auf keinen Widerstand.

In der Zeit zwischen den Wahlkämpfen setzte die WFP sich für progressive Maßnahmen, besonders für die Zahlung von Krankengeld, ein. Jahrelanger organisierter Druck in dieser Sache hat dazu beigetragen, die politische Szenerie in New York, Connecticut, New Jersey und Pennsylvania zu verändern. Edwin Gomes nimmt sich im NYS-Senat des Themas Mindestlohn an. Er gehört zu den Unterstützern einer Initiative, die in der Connecticut General Assembly, der Volksvertretung des Nachbarstaates, eine "Wal-Mart-Bill" einbringen will. Gegen Unternehmen, die ihren Beschäftigten weniger als 15 Dollar Stundenlohn zahlen, soll mit Bußgeldern vorgegangen werden können. In NYS kümmert sich die Abgeordnete Richardson um das brennende Problem bezahlbarer Wohnungen.

Im Mai 2015 unterstützte die WFP von Pennsylvania einen linksliberalen Demokraten, Jim Kenney, bei der Primary zu den Bürgermeisterwahlen in Philadelphia. Kenneys Wahlkampfthemen waren die Forderung nach 15 Dollar Mindestlohn, die Beendigung des "stop and frisk", die Entkriminalisierung von Marihuana, *pre-K* (s.o.) für alle Kinder und mehr Geld für öffentliche Schulen. Schon als Stadtrat hatte Kenney sich durch seine deutliche Unterstützung für Einwanderer- und LGBTQ-Rechte einen Namen gemacht. In der Primary gewann Kenney fast 56 Prozent der Stimmen, was ihn jetzt für die Bürgermeisterwahl zum Favoriten macht.

# **Obama und Everything After**

Es hat sich ein neues Berechtigungs-Bewusstsein entwickelt – die Erkenntnis, Rechte und Ansprüche – *entitlements* – zu haben, die seit Jahrzehnten beschnitten und zurückgedrängt



worden sind. Diese Bewusstseinsveränderung beginnt, politisch Wirkung zu zeigen. In einer Reihe kleinerer Städte haben bekannte Linke einflussreiche Wahlämter erlangt, seit in der Arbeiterschaft vielen Wählern die Geduld mit Technokraten und Parteiapparatschiks ausgeht. Auch die Verbindung mit der einen oder anderen Seite des Parteienduopols verliert an Wirksamkeit. Es zeigt sich, dass man durch umsichtige Bündnispolitik und engen Wählerkontakt unter bestimmten Umständen das Große Geld schlagen kann.

Sowohl 2008 als auch 2012 gehörten zu Obamas Team Technokraten des Clinton-Typs, die erfolgreich auf einen Linkstrend spekulierten. Warum und wie schlug Obama Hillary Clinton in den Primaries aus dem Feld und konnte schließlich die Wahl gewinnen? Liegt es daran, dass die Zeit reif war für einen schwarzen Präsidenten, nicht aber für eine Frau im Oval Office? Wahrscheinlicher ist, dass die Basis – nach acht Jahren George W. Bush – ganz einfach die Gelegenheit nutzte, es demjenigen, der offener neoliberale Positionen vertrat, zu zeigen – und zugleich der vermeintlichen Favoritin Hillary Clinton ein Schnippchen zu schlagen.

Dass Obama das stillschweigende Versprechen, als das seine Kandidatur aufgefasst wurde, nicht eingelöst hat, zeigt erst allmählich Wirkung. (Und fairerweise ist zuzugeben, dass er sich immer offen als Mann der Mitte und weniger links derselben positioniert hat.) Obamas zentristische Amtsführung äußerte sich in vielen Aktionen und Maßnahmen, die vor dem Neoliberalismus und dem "Antiterrorkrieg" als rechts gegolten hätten. Die andere Seite seines Auftretens – dass er die Farbschranke, die den Zugang zum Weißen Haus versperrte, durchbrochen hat – kam unerwartet. Die republikanische Basis versetzte der Vorgang in xenophobe Raserei.

Bis zum Sommer 2015 galt es als sicher, dass Hillary Clinton die Nominierung zur Kandidatin schon in der Tasche und die besten Chancen habe, im November 2016 zur Präsidentin gewählt zu werden. Seither vergleichen Zweifler ihren Vorwahlkampf mit dem von 2008, als sie letztlich gegen Obama verlor.

Der große Zuspruch, den plötzlich Bernie Sanders – der unabhängige Senator aus Vermont – findet, hat etwas von einem Déjà-vu. Ähnlich wie seinerzeit Obama positioniert sich Sanders links von Clinton, doch hier endet die Vergleichbarkeit schon. Diesmal schwenkt Clinton eine populistische Fahne und betont soziale Probleme, die Sanders, der wirtschaftliche Erfordernisse in den Vordergrund stellt, eher unterbelichtet. Obama war Fleisch vom Fleische der Demokratischen Partei, Sanders hingegen in seiner ganzen Laufbahn stets eher Außenseiter.

Die Bernie-Sanders-Kampagne bevorzugt bislang Themen, die die berühmten "99 Prozent" ansprechen. Seine bisherige Basis befindet sich allerdings in einem der weißesten Staaten des Landes, und er war nie gezwungen, schwarze und Latino Wählerkreise für sich zu gewinnen. Sanders' Karriere als unabhängiger Amtsträger (Bürgermeister, Kongressabgeordneter, Senator) hing bisher stets von seiner Fähigkeit ab, die Sorgen der Vermonter Wählerschaft aufzugreifen. Die Schaffung einer breiteren, USA-weiten Basis konfrontiert ihn jetzt mit einer Reihe von Problemen, die in Vermont keine herausragende politische Rolle spielen: Polizeigewalt, Immigrantenrechte etc.

Sanders hat den Einfluss von Konzerngeldern auf die Politik ins Visier genommen. Tatsächlich ist dieser seit dem entsprechenden Entscheid des Obersten Gerichtshofs in Washington zu einer wahren Springflut angewachsen, doch handelt es sich da nur um eine Komponente des laufenden Angriffs auf die Demokratie. Eine weitere besteht in dem Bestreben vieler US-Bundesstaaten, Wählerrechte einzuschränken. Dieses geht über die traditionelle Entrechtung von "black and brown" Wählergruppen



(Schwarze und andere People of Color) hinaus. Es betrifft auch Studenten, Menschen mit Behinderungen, die Armen und Alten aller Bevölkerungsgruppen. Ziel ist, Stimmrechte und Demokratie auszuhöhlen, weil sie der Macht der Etablierten im Wege stehen. Und, machen wir uns nichts vor: Die Republikaner glauben tatsächlich daran, dass Macht vor Recht geht.<sup>16</sup>

Sanders versucht nicht etwa, auf einer Welle diffuser Unzufriedenheit zur Macht zu gelangen. Seine Kampagne konzentriert sich bisher vielmehr darauf, dem politischen Diskurs landesweit eine neue Richtung zu geben, indem er die anti-neoliberale Rhetorik von Occupy Wall Street in konkrete Forderungen umsetzt, etwa nach einheitlicher Krankenversicherung und kostenloser höherer Bildung. Seine Basis besteht hauptsächlich aus desillusionierten Linksliberalen und unzufriedenen Progressiven, ist aber in Wählergruppen der People of Color noch vergleichsweise schwach und beginnt gerade erst, sich in die multiethnische Arbeitnehmerschaft auszuweiten. Er scheint sich mehr für Themen zu interessieren als für Bewegungen, hat aber grundsätzlich positiv reagiert, als kürzlich Aktivisten der Black-Lives-Matter-Bewegung an ihn herantraten.

All das bedeutet für die Demokratische Partei eine erhebliche Verschiebung im politischen Koordinantensystem. In den Primaries von 2008 folgte Clinton dem klassischen Drehbuch: Ausgehend von einer vermeintlich garantierten Basis linksgerichteter Wähler konzentrierte sie sich ganz darauf, die Mitte und den rechten Flügel der Partei für sich zu gewinnen. Jetzt hingegen, zur 2016er Wahl, bemüht sie sich um den linken Flügel. Doch ihre engen Verbindungen zur Wall Street behindern sie dabei, genau wie 2008 die damalige Rechtslastigkeit ihrer Kampagne sie die Unterstützung der Linken kostete. Obamas Sieg hatte der Basis Auftrieb gegeben, aber dass er sofort nach der Wahl seine Solidarität mit Wall Street demonstrierte, spaltete und demoralisierte seine Anhängerschaft. Sanders wird (wenn man von dem Eiskremhersteller Ben and Jerry absieht) von keinem Sektor des Kapitals unterstützt. Das verdeutlicht - noch stärker als Obamas Bilanz -, wie sehr die Erosion der Demokratie und die Finanzialisierung der Politik den Mächtigen nützen, während sie die Basis der Demokratischen Partei entfremden. Nun versuchen die Wahlkampfexperten der Partei herauszufinden, wie man den Glaubensbereiten wieder Mut machen könnte.

# Wenn das Soziale politisch wird

Viele soziale Bewegungen verfolgen die Sanders-Kampagne eher mit Unbehagen. Widerstandsbewegungen wie Occupy Wall Street und Black Lives Matter (BLM) haben sich von der Wahlpolitik weitgehend abgewendet, allerdings eher aus moralischen Gründen als weil sie strategische Alternativen gefunden hätten. Doch der Basis der Demokraten, die sich mit

derjenigen der sozialen Bewegungen überschneidet, macht der mögliche, ja wahrscheinliche Aufstieg eines scharf rechten Regimes immer noch die größten Sorgen. Vielen Arbeitern und Studenten ist nur zu klar, dass der konservative Backlash, den wir erleben, entschieden gewalttätige und faschistische Untertöne hat. Das Massaker von Charleston und der Zuspruch, den Donald Trump mit seinen unverhüllten Appellen an Rassismus und Sexismus

<sup>16</sup> Vgl. James Hare, Steal the Vote: Voter Suppression in the Twenty-first Century, RLS–NYC-Studie, 2012.



erfährt, bestätigen das auf niederschmetternde Weise. In dieser Lage ist der Anreiz, die Demokratische Partei ganz aufzugeben, noch immer gering.

Wahlkämpfe unterliegen dem Einfluss vieler Faktoren, zu denen auch Erfolg oder Misserfolg nichtelektoraler Bewegungen und besonders der Anstrengungen zur Massenmobilisierung zählen. Der Kampf um die 15 Dollar und die Black-Lives-Matter-Bewegung zeigen das. Beide konzentrieren sich auf Straßenaktionen, sind aber durch und durch politisch in ihren Auswirkungen.

Die Stärke der Arbeiterbewegung hängt vom Niederreißen der Schranken ab, die Arbeitnehmer mit relativ sicheren Arbeitsplätzen von den am härtesten Getroffenen in unserer Gesellschaft trennen. Das kaum mehr verdeckte Ringen darum verleiht der Tendenz, dass die sozialen Bewegungen sich derzeit ausbreiten und Fahrt aufnehmen, ihre eigentliche Dynamik. Einerseits handelt es sich beim Kampf um die 15 Dollar Mindestlohn um ein unmissverständliches Beispiel von Wirtschaftspopulismus, hinter dem große Gewerkschaften und Millionen schlecht bezahlter Arbeitnehmer stehen. Black Lives Matter auf der anderen Seite hat es vor allem mit Schwarzen und anderen People of Color zu tun, die unter der Polizeigewalt leiden und nicht auf Unterstützung durch die Arbeitnehmer zählen können, die sich weniger unsicher fühlen, ja nicht einmal auf diejenigen, die mit mörderischen Sparzwängen kämpfen.

Die Linke muss sich über ihre Aufgaben und Ziele im Hinblick auf die diversen Formen des Widerstands, wo immer sie ausbrechen, klar werden. In diesem Fall besteht das Ziel darin, den Wirtschaftspopulismus in Richtung auf gesellschaftliche Solidarität für gemeinsame Klasseninteressen weiterzuentwickeln, und das erfordert, sich der Rolle von Hautfarbe und Rassismus bewusst zu werden. Das geschieht

nicht spontan, aber die Wählergruppen, die der Wirtschaftspopulismus anzieht, sind gut darauf vorbereitet. In dem Maße, in dem der Mythos vom Wohlstand für alle zerbröselt, lassen sie die Große Lüge der amerikanischen Gesellschaft hinter sich.

Der Wirtschaftspopulismus verfügt über ein beträchtliches Inklusionspotenzial, aber er kann politisch nur so weit gehen, wie es die mutmaßliche Basis zulässt. Es ist eine Grundtatsache des politischen Lebens, dass progressive Wahlkampagnen, um irgendwelche Chancen zu haben, Arbeiterwählergruppen für sich gewinnen müssen. Das wiederum setzt voraus, dass Rassendiskriminierungen erkannt, angesprochen und verurteilt werden. Andererseits gibt es (in den Forderungen zahlloser sozialer Bewegungen artikulierte) soziale Fragen, die als selbstverständlicher Bestandteil jeglicher linksliberal/linken Kampagne erscheinen – so etwa, besonderes signifikant, der Angriff auf die reproduktiven Rechte der Frauen. Fragen dieser Art müssen aus politischen wie aus praktischen Gründen unmittelbar angesprochen werden. Eine linkspopulistische Bewegung könnte die Aufgabe vielleicht anpacken, sobald sie ihre Argumente gegen die Unternehmermacht publik gemacht hat, vielleicht aber auch nicht.

Auf der Netroots Nation Conference 2015 trat diese Dynamik in einer Konfrontation zwischen Black Lives Matter und zwei Kandidaten der Demokraten offen zu Tage. Martin O'Malley verlor die Gunst des Publikums, und Tia Oso, führende BLM-Repräsentantin, gewann sie, als sie von O'Malley vergeblich eine überzeugende Stellungnahme zu den tödlichen Polizeiattacken auf unbewaffnete schwarze Zivilisten verlangte. Anschließend wurde Sanders gefragt, und auch er lavierte, was die Erregung im Publikum weiter ansteigen ließ. Offenbar hatte man aneinander vorbeigeredet, doch nach diesem Zusammenstoß vollzog Sanders eine rasche Wendung und erweiterte seine



wirtschaftspopulistische Wahlplattform um die ausdrückliche Verurteilung der Repression gegen Schwarze.

Das wachsende Gewicht nichtweißer Wahlberechtigter hat – zum Entsetzen der Funktionäre beider Großparteien – die Spielregeln verändert. In der "Washington Post" berichtete Dan Balz über die Studie eines Umfrageexperten der Republikaner, die zu folgender überraschenden Schlussfolgerung kommt:

Um das Weiße Haus gewinnen zu können, müssen die Republikaner systematisch an der Verbesserung ihres Verhältnisses zu den Minderheiten arbeiten, gleichzeitig aber ihren Rückhalt bei weißen Wählern bewahren oder sogar noch festigen. In einem Elektorat, das zu 72 Prozent weiß war, konnte Präsident Obama 2012 seine Wiederwahl erreichen, obwohl er mehr weiße Stimmen verlor als irgendein siegreicher Demokrat in der Vergangenheit. Der weiße Anteil an der Wählerschaft wird 2015 um einen oder zwei Punkte kleiner sein. [...] [Falls] der 2016er Kandidat nicht mehr nichtweiße Stimmen erhält als die 17 Prozent Romneys, würde er oder sie 65 Prozent der weißen Stimmen benötigen, um zu siegen, eine Größenordnung, wie sie in neuerer Zeit nur Ronald Reagan bei seinem Erdrutscherfolg von 1984 erreichte. Bushs Siegerformel von 2004 -26 Prozent der nichtweißen und 58 Prozent der weißen Stimmen - wäre angesichts der demographischen Veränderungen 2016 eine Verliererformel.17

Die Republikaner wissen, dass sie sich ihrer weißen Kernwählerschaft nicht sicher sein können, wenn sie den schwarzen und Latino-Wählern Zugeständnisse machen. Doch auch die Sanders-Kampagne steckt spiegelbildlich in der gleichen Klemme. Ob sie sich landesweit durchsetzen kann, hängt davon ab, ob sie die Sorgen der Afroamerikaner, Latinos und anderer als Immigranten wahrgenommener Gruppen erkennt und thematisiert: all die Formen, in denen diese tagtäglich Diskriminierung erfahren (Wahlrechtseinschränkungen und kri-

minelle Polizeiübergriffe inklusive). Gegen die institutionalisierte Ungleichheit anzugehen erfordert viel mehr als Fairnessdiskurse über Sonderformen der Unterdrückung "Anderer". Systemischer Rassismus bringt People of Color in Not, verstrickt aber gleichzeitig Weiße in erbarmungsloses Konkurrenzverhalten, Entfremdung und in den vergeblichen Versuch, Privilegien zu verteidigen, die mehr und mehr zu Staub zerfallen.

Dass Sanders nicht über die Weihen des Parteiapparats verfügt, macht selbst linksorientierten Stammwählern der Demokraten zu schaffen. Und ganz davon abgesehen ist die Demokratische Partei nicht gerade prädestiniert, als Inkubator einer ausgeprägt anti-austeritären politischen Bewegung zu dienen. Sollte sich die wirtschaftspopulistische Stoßrichtung verstärken, wird es bald zugeschlagene Türen und leere Versprechungen geben. Sich in erster Linie auf ein innerparteiliches Positionsgerangel zu verlegen, hätte katastrophale Folgen. Eine linkspopulistische Bewegung kann nur Spur halten, wenn sie ihre Aufmerksamkeit vor allem drei Aufgaben widmet: (1) ihre Botschaft durch Kampagnen, Versammlungen und soziale Medien, insbesondere unter Arbeitern und Angestellten zu verbreiten; (2) sowohl gegen die Republikaner als auch gegen wirtschaftsnahe Kandidaten der Demokraten und Parteiapparatschiks anzutreten, sei es nun als Unabhängige, Fusionisten oder als oppositionelle Demokraten; und (3) die nicht-elektorale Organisationsarbeit vor Ort zu fördern, insbesondere in der Zeit zwischen den Wahlkampagnen.

Der progressive Aufschwung vollzieht sich derzeit simultan in Wahlkämpfen der Demokratischen Partei und denen anderer Kräfte – Kampagnen von Unabhängigen, nicht Parteigebundenen und Parteienbündnissen. Denen, die hauptsächlich damit beschäftigt sind, sich in einer existierenden oder neu zu schaffenden Partei politisch einzurichten, wird diese

<sup>17</sup> A Rubio 2016 blueprint, for all to see, in: "Washington Post", 23.5.2015.



Veränderung nicht viel nützen. Doch für die Politisierung der arbeitenden Menschen, die sowohl ihre wirtschaftliche Sicherheit als auch ihre demokratischen Rechte verlieren, ist sie entscheidend wichtig.

Indem sie über die bloße Wut auf die herrschenden Mächte hinausführt, ist es die Politisierung, die die arbeitenden Menschen befähigt, sich Organisationsformen zu schaffen, die zu ihren Bedürfnissen und Zielen passen. Die entscheidene Frage ist nicht, ob Demokraten mitmachen, sondern ob die Kampagnen sich sozialen Bewegungen außerhalb der Wahlkampfarena verpflichtet fühlen. Als ein offenes Bündnis eröffnet die Sanders-Kampagne die Chance, dass dieser Prozess im Jahr 2016 tatsächlich in Gang kommen kann.

Wahlkampfaktivitäten sind nicht gleichbedeutend mit Demokratie, und politisches Handeln kann viele Formen annehmen. Wir müssen allerdings nicht hundert Jahre zurückgehen, um nützliche Beispiele dafür zu finden, wie politisierte soziale Bewegungen politische Organisationen auf Trab bringen können.

Ein außergewöhnliches Beispiel für eine politische Bewegung dieser Art bietet die Mississippi Freedom Democratic Party (MFDP). Mit ihrem Auftritt auf dem Wahlparteitag der Demokraten des Jahres 1964 konnte sie zwar ihr unmittelbares Ziel nicht erreichen, nämlich die rassistischen Delegierten abzulösen, die Schwarze gewaltsam daran gehindert hatten, sich ins Wahlregister eintragen zu lassen und wählen zu gehen. Dennoch hat die MFDP die Politik der Demokratischen Partei stärker beeinflusst als jede andere Wahlbewegung seit 1912. In seinem Buch über den Widerstand in Mississippi schreibt Charles M. Payne dazu:

Nach vergeblichen Versuchen, die Ortsverbände der Demokratischen Partei des Staates zur Aufnahme von Schwarzen zu bewegen, organisierte das SNCC [das Students Nonviolent Coordination Committee] die Freedom Democratic Party als

ein Instrument, dass es den Schwarzen in Mississippi ermöglicht, sich politisch zu äußern. [...] Ella Baker hielt auf der Gründungskonferenz die Eröffnungsansprache. Miss Baker sprach darüber, wie der Rest des Landes die weiße Vorherrschaft in Mississippi stillschweigend unterstützt habe: ,Noch nie hat man den Südstaaten ihre politischen Rechte aufgrund der Tatsache verweigert, dass sie ihrerseits anderen Leuten das Recht verweigerten, sich an der Wahl derer, die sie regieren, zu beteiligen' [...].

Zum ersten Mal in fünfundsiebzig Jahren erhielten die Negroes MIssissippis jetzt routinemäßig Post von ihren vermeintlichen Repräsentanten. Plötzlich waren sie potenzielle Wähler. Zwar scheiterte der Vorstoß, aber er bewies Mississippis politischem Establishment einmal mehr, dass es sich werde verändern müssen, so wie er der [M]FDP-Führung und anderen der Bewegung Nahestehenden einmal mehr bewies, wie sehr der Rassismus Mississippis von der Duldung durch Kräfte außerhalb des Staates abhing, unter ihnen Kräfte, die man einmal für Verbündete der Bewegung gehalten hatte.18

Im Jahr 2016 und darüber hinaus werden die Gegner der Kräfte, die in der Demokratischen Partei dominieren, auf vielen Schauplätzen eine ganz ähnliche Situation vorfinden. Das heißt keineswegs, dass sie die nationale Bühne ignorieren sollten, ganz im Gegenteil. Die Linke muss ihre Stimme so laut erheben, dass sie nicht überhört werden kann, weder von den Regierenden noch von den Regierten. Dazu wird es einer Entschlossenheit, gedanklichen Klarheit und Empathie bedürfen, wie sie einst Ella Baker, Fannie Lou Hamer, Milton Henry und unsere anderen Helden von der MFDP an den Tag legten. Sie wussten, dass die National Democratic Convention ein Massenpublikum bot und ihr Vorbild inspirierte die Demonstranten, die dann die Convention von 1968 herausforderten.

So sieht leadership aus, Führungsstärke. So etwas wird möglich, wenn soziale Bewegungen

<sup>18</sup> Charles M. Payne, I Got the Light of Freedom: The Organizing Tradition and the Mississippi Freedom Struggle, University of California Press, 1995.



die Praxis demokratischer Arbeitnehmerpolitik in die Lern- und Entwicklungsprozess der Beteiligten einbeziehen. Der Zulauf, den im beginnenden Präsidentschaftswahlkampf 2016 Bernie Sanders' sozialistisch-linkspopulistische Plattform unter Aktivisten findet, eröff-

net jedenfalls weitaus größere Möglichkeiten als vor acht Jahren Barack Obamas "hope and change".<sup>19</sup>

## Weitere Texte zum Thema

# Kampf dem Niedriglohn

Neun Stories von neuen Arbeitskämpfen in den Vereinigten Staaten Von Sarah Jaffe - März 2015

# Die Aushöhlung der Demokratie

Wie der Bedeutungsverlust der Wahlen Ungleichheit und Ungerechtigkeit befördert Von John Nichols - April 2014

<sup>19</sup> Der Verfasser möchte Kathryn Keller, Jan Gilbrecht, Cindy Zucker, Max Elbaum, and Elinor Blake seinen Dank aussprechen.



# Weitere Veröffentlichungen

# "Wir, die Völker"?

Die Vereinten Nationen im siebzigsten Jahr ihres Bestehens Von James A. Paul - Oktober 2015

#### **Urbane Austerität**

Die neoliberale Krise der amerikanischen Städte Von Jamie Peck - Mai 2015

## Den Wandel organisieren

Eine Best-Practice-Studie zum Modell des "Transformative Organizing" in den USA Von Steve Williams - Mai 2015

# Wenn Schweine fliegen

Ein neuer Kurs für die US-kubanischen Beziehungen Von William M. LeoGrande und Jenny Morín Nenoff - Februar 2015

# Der Klimawandel und die große Tatenlosigkeit

Neue gewerkschaftliche Perspektiven Von Sean Sweeney - Februar 2015

# TPP und TTIP: Gefährliche Komplizen

Der Widerstand gegen die Freihandelsabkommen in den USA Von Mike Dolan - Januar 2015

## **Eine neue Entwicklungsagenda?**

Die Sustainable Development Goals der UNO auf dem Prüfstand Von Barbara Adams und Kathryn Tobin - Dezember 2014

#### Wege aus der Kälte

Erfahrungen Schwarzer Deutscher, damals und heute Von Marion Kraft - Juli 2014

#### In wessen Namen?

Eine kritische Analyse der "Responsibility to Protect" Von Lou Pingeot und Wolfgang Obenland - Mai 2014

### **Selbstbestimmung statt Liquidierung**

Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft der amerikanischen Indianerbewegung Von Walter R. Echo-Hawk - Januar 2014

# WELTWEITES NETZWERK DER RLS-AUSLANDSBÜROS



#### **NORDAMERIKA & VEREINTE NATIONEN**

New York/USA

Leitung: Dr. Stefanie Ehmsen und

Dr. Albert Scharenberg Website: www.rosalux-nyc.org

#### MEXIKO, ZENTRALAMERIKA UND KUBA

Mexiko-Stadt/Mexiko Leitung: Torge Löding

Website: www.rosalux.org.mx

#### ANDENLÄNDER

Quito/Ecuador

Leitung: Dr. Miriam Lang Website: www.rosalux.org.ec

## **SÜDAMERIKA**

São Paulo/Brasilien Leitung: Gerhard Dilger Website: www.rls.org.br

#### **PALÄSTINA**

Ramallah

Leitung: Katja Hermann

Website: www.rosaluxemburg.ps

#### **ISRAEL**

Tel Aviv

Leitung: Tsafrir Cohen Website: www.rosalux.co.il

#### **HAUPTSITZ**

Berlin/Deutschland

Vorsitzender: Dr. Dagmar Enkelmann Geschäftsführer: Dr. Florian Weis

Website: www.rosalux.de

#### **NORDAFRIKA**

Tunis/Tunesien Leitung: Peter Schäfer E-Mail: pschaefer@rosalux.de

#### WESTAFRIKA

Dakar/Senegal

Leitung: Dr. Claus-Dieter König Website: www.rosalux.sn

#### **OSTAFRIKA**

Daressalam/Tansania Leitung: Siegfried Schröder Website: www.rosalux.co.tz

#### **SÜDLICHES AFRIKA**

Johannesburg/Südafrika Leitung: Dr. Armin Osmanovic Website: www.rosalux.co.za

#### **OSTASIEN**

Peking/China Leitung: Dr. Lutz Pohle E-Mail: pohle@rosalux.cn

#### **EUROPÄISCHE UNION**

Brüssel/Belgien

Leitung: Martin Schirdewan und

Dr. Claus-Dieter König

Website: www.rosalux-europa.info

#### **OSTMITTELEUROPA**

Warschau/Polen

Leitung: Dr. Joanna Gwiazdecka

Website: www.rls.pl

#### **SÜDOSTEUROPA**

Belgrad/Serbien

Leitung: Dr. Boris Kanzleiter Website: www.rosalux.rs

#### **RUSSLAND, ZENTRALASIEN & KAUKASUS**

Moskau/Russland Leitung: Tiina Fahrni Website: www.rosalux.ru

#### **SÜDOSTASIEN**

Hanoi/Vietnam

Leitung: Liliane Danso-Dahmen Website: www.rosalux.vn

## **SÜDASIEN**

Neu-Delhi/Indien

Leitung: Stefan Mentschel Website: www.rls-sea.de



Facebook: rosaluxnyc Twitter: @rosaluxnyc EXTETUNG
NEW YORK OFFICE Instagram: rosaluxnyc

www.rosalux-nyc.org